Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

44. Sitzung
10. Oktober 2024

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 17.13 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs — 0268
Auflösung der Pauschalen Minderausgabe im Haushalt für Bildung, Jugend, Familie 2024/25 — BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs — 0225 BildJugFam
Geplante Kürzungen im EP 10 zur Umsetzung der Sparvorgabe durch die Pauschale Minderausgabe (PMA) und Konsequenzen für die Bereiche Bildung, Jugend und Familie im Haushaltjahr 2024
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD — 0242 BildJugFam(f) KultEnDe*
Drucksache 19/1620
Berlins Landeszentrale für politische Bildung stärken: für einen zweiten Standort im Osten der Stadt

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs — 0230 BildJugFam
Stand und Perspektiven der Politischen Bildung in Berlin unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 25.04.2024

c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen — 0273 BildJugFam
Drucksache 19/1905
Regierungszugriff auf die politische Bildung verhindern! – Unabhängigkeit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung erhalten!

Vorab ergehen folgende Hinweise: Zu Punkt 3 a liegt dem Ausschuss die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur, Engagement und Demokratieförderung vor. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich – mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion –, den Antrag Drucksache 19/1620 anzunehmen. – Der Punkt 3 b stand bereits in Verbindung mit einer Anhörung auf der Tagesordnung der 37. Sitzung am 25. April 2024 und wurde zwecks Anfertigung und Auswertung des Wortprotokolls vertagt. Das Wortprotokoll liegt vor. – Nun kommen wir zu den Begründungen – Begründung des Antrags zu 3 a durch die Fraktion der CDU und/oder die Fraktion der SPD. – Frau Dr. Lasić, bitte sehr!

Dr. Maja Lasić (SPD): Ich würde anfangen, und Kollege Lenz ergänzt danach. – Ich finde es tatsächlich bemerkenswert: Wenn man sich die drei Punkte anschaut, die jetzt für eine Be-

sprechung zusammengefasst werden, fasst das ein bisschen zusammen, wie die Entwicklung rund um die Landeszentrale in den letzten anderthalb Jahren verlaufen ist, und es fasst auch die Bereiche, die Konsens innerhalb der demokratischen Parteien sind, und jene, wo der Dissens besteht, zusammen. Der Antrag, den die Koalition gemeinsam einbringt, beschreibt ungefähr den Mindestkonsens, der hoffentlich nach wie vor unter allen demokratischen Parteien hier im Haus herrscht, nämlich dass wir zur Landeszentrale stehen und uns den Ausbau der Landeszentrale und eine sehr stark kiezorientierte, aufsuchende Arbeit wünschen. Das ist in diesem gemeinsamen Antrag der Koalition auch beinhaltet. Ich freue mich auch, trotz der ganzen Herausforderungen, denen wir uns heute in der Debatte gemeinsam stellen werden, dass es diesen Mindestkonsens innerhalb der demokratischen Parteien immer noch gibt angesichts der eklatant hohen Bedeutung rund um die Landeszentrale. Dass wir, wenn es darum geht, wie die Landeszentrale arbeitet, in welcher Art und Weise sie unabhängig ist, wie die Fachaufsicht funktioniert und so weiter, einen großen Dissens haben, haben wir, glaube ich, in der Vergangenheit ausführlich dargelegt und werden es heute noch mal bekräftigen. Mir war es heute bei der Begründung wichtig, dass es einen Bereich gibt, in dem nach wie vor Konsens herrscht, und der spiegelt sich in dem heutigen Antrag der Koalition wider.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann Herr Kollege Lenz, bitte sehr!

Stephan Lenz (CDU): Vielen Dank! – Dem kann ich mich jetzt direkt anschließen. Ja, da besteht breiter Konsens. Wir wollen die Landeszentrale mitnichten schwächen, sondern es geht darum, sie zu stärken. Insofern sind wir auch sehr froh über den zweiten Standort. Es ist auch wichtig, im Rahmen der aufsuchenden Arbeit mehr Präsenz zu zeigen. Da gibt es überhaupt keinen Dissens. Wir sind froh, dass wir das auch erreichen konnten. Einen Dissens gibt es dann in der Tat in der Frage, wie der Auftrag gelebt werden soll – dazu kommen wir nachher – und inwieweit die Bildungsverwaltung eine Rolle spielen sollte oder nicht; das erörtern wir nachher. – Aber das ist wirklich von allen, breit getragen, und wir sind sehr froh, dass wir dieses Ziel erreichen konnten.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 b erfolgte bereits in der Sitzung am 25. April 2024. Besteht erneuter Begründungsbedarf? – Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Begründung des Antrags zu Punkt 3 c durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Herr Krüger, bitte sehr!

Louis Krüger (GRÜNE): Auch das schließt bei dem an, was gerade gesagt wurde. Es gibt einen großen Vertrauensverlust in der demokratischen Opposition, vielleicht auch in Teilen der Regierung, aber vor allen Dingen auch in der Stadt, dazu, ob die Landeszentrale mit der Einführung der Stabsstelle weiter überparteilich und unabhängig agieren kann. Ich kann das als Kuratoriumsmitglied sagen und berichten, wie wir in der letzten Kuratoriumssitzung darum gestritten haben, mit dem Ergebnis, dass ich nicht weiter sicher dafür einstehen kann, dass wir als Kuratorium unter den Voraussetzungen die Überparteilichkeit gewährleisten können. Zumindest wurde mir nicht erklärt, wie das passieren soll, wenn es gleichzeitig eine Stabsstelle gibt, die eine erweiterte Fachaufsicht zur bisherigen Fachaufsicht darstellen soll. Es gab ja auch eine entsprechende Petition dazu mit über 23 000 Unterschriften und vielen wichtigen Akteuren, zum Beispiel aus der Wissenschaft, aber auch aus Gewerkschaften, politische Bildnerinnen und Bilder sowie verschiedene andere, auch für den Bildungsbereich wichtige Akteure wie den Landesschülerausschuss; auch der Landeselternausschuss hat sich zur Unabhängigkeit der politischen Bildung bekannt. Das sind Akteure, auf die wir alle auch

zählen. Deswegen war es uns wichtig, noch mal klarzumachen, dass wir für die Überparteilichkeit und Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung stehen. Das ist für uns eigentlich ein Grundkonsens. Insofern wäre uns nicht klar, warum man dagegen sein könnte. Zu der Stabsstelle und wie das ausgestaltet sein könnte oder auch nicht, dazu kommen wir sicher gleich noch in der Aussprache.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur einleitenden Stellungnahme des Senats, wenn gewünscht. – Bitte sehr, Frau Senatorin!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Abgeordnete! Ich freue mich, dass wir heute auch im Bildungsausschuss und nicht nur im Kuratorium noch mal über die Stabsstelle diskutieren und wahrscheinlich auch debattieren werden und können. Ich möchte noch mal mehrere Sachen deutlich machen: Zum einen ist die Stabsstelle keine Erfindung der Bildungsverwaltung oder dieser Regierung, sondern Stabsstellen gab es schon immer, gibt es und wird es auch zukünftig immer geben. Stabsstellen haben grundsätzlich und regulär eigentlich die Aufgabe, zu monitoren, zu steuern und nicht Dinge irgendwie einzuschränken. Ebenso ist es mit dieser Stabsstelle für Demokratiebildung. Ich habe das im Plenum vor einigen Wochen schon mal deutlich gemacht. Ich bin zunehmend irritiert, dass es anscheinend einigen nicht gelingt, die Rechtsgrundlage, die ich schon mehrmals zitiert habe, tatsächlich auch in den Kontext dieser Stabsstelle zu bringen. Ich möchte noch mal ganz klar sagen: Sie argumentieren ja immer damit, dass die Unabhängigkeit damit gefährdet ist, dass wir oder dass ich etwas an der Fachaufsicht ändern würde. – Herr Krüger! Das haben Sie gerade eben in Ihrer Begründung schon wieder getan. Die Fachaufsicht ist sowohl im Erwachsenenbildungsgesetz als auch im AZG ganz klar geregelt: dass die Fachaufsicht für die Landeszentrale bei der dafür zuständigen Senatsfachverwaltung liegt. Die Landeszentrale für politische Bildung ist eine nachgeordnete Behörde der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Demzufolge liegt die Fachaufsicht auch bei SenBJF, liegt quasi bei Herrn Raiser, den ich übrigens auch herzlich willkommen heiße – schön, dass Sie heute da sind, Herr Raiser! –, und in seiner Zuständigkeit, nicht nur die Landeszentrale, aber auch die Landeszentrale für politische Bildung.

Die Stabsstelle hat grundsätzlich die Aufgabe, das Thema Demokratiebildung zu monitoren und zu steuern und nachhaltig im Land Berlin, insbesondere im Bereich der Bildung und der Jugend, zu etablieren und zu implementieren. Dafür ist die Landeszentrale für politische Bildung ein Puzzleteil; auch das möchte ich noch mal deutlich machen. Die Stabsstelle wird ja nicht für die Landeszentrale installiert, sondern sie wird für Demokratiebildung installiert. Im Kontext mit der Demokratiebildung – ich denke, da geben Sie mir recht – hat die Landeszentrale schon eine entscheidende Aufgabe und Funktion.

Wir haben momentan die Situation – wir haben gerade über die PMA gesprochen –, dass wir unglaublich viele Träger und Partner haben, die sich im Reich der politischen Bildung, der Demokratiebildung engagieren in unserer Stadt. In der Bildungsverwaltung gibt es unter den unterschiedlichen Abteilungen keinen Überblick. Ich kann Ihnen das sagen, weil ich ihn abgefragt habe. – Es wurde mir letztens vorgeworfen von Ihrer Kollegin, meine ich, und auch von Ihnen im Kuratorium, ich solle einfach meine Verwaltung fragen. – Das habe ich schon vor einem Jahr gemacht. So ist es ja nicht. Es gibt keine Stringenz, was wo passiert. Gleichzeitig haben Sie es in Ihrem Antrag so schön formuliert:

> „Die Pläne der Bildungssenatorin verstoßen nicht nur gegen die Grundlagen der politischen Bildung …“

Genau die gibt es eben nicht. Ich bedauere das übrigens sehr, Herr Krüger, dass es keine Grundlagen für politische Bildung gibt – gibt es aber nicht. Ich mache Ihnen das auch an einem anderen Beispiel deutlich: Gehe ich in den Bereich der Jugendbildung, gibt es ein Sozialgesetzbuch, und es gibt ein Jugendfördergesetz. Darin ist ganz klar geregelt, was erreicht werden soll, welche Stränge es gibt, welche Säulen, welche Maßnahmen dahinter implementiert sind, anhand welcher Kriterien Zuwendungen und Zuschüsse in diesen Bereichen der Jugendhilfe ausgereicht werden und anhand welcher Kriterien das Ganze überprüft wird. Auch das habe ich übrigens nachgefragt, Herr Krüger, weil Sie mir das, wie gesagt, immer so vorwerfen. Diese Grundlagen gibt es im Bereich der politischen und der demokratischen Bildung nicht. Noch mal: Ich bedauere das sehr; ich finde, die bräuchte es dringend. Aber weil es die nicht gibt, kann es auch kein Monitoring geben, denn anhand welcher Kriterien soll denn gemonitort werden, wenn es das nicht gibt? Anhand welcher Kriterien wollen wir denn Wirksamkeit, Erfolg, Zielerreichung überprüfen? Dafür braucht es eine Stabsstelle, die das alles einmal zusammenführt und tatsächlich monitort und steuert. Da ist nicht von politischer Einflussnahme die Rede, sondern davon, den roten Faden, wie ich es immer so schön beschreibe, diese Nachhaltigkeit in das Thema hineinzubringen. Dass das Thema von extremer Bedeutung ist, sollte uns allen klar sein, nicht erst seit dem 7. Oktober, nicht erst seit den Europawahlen, sondern – es wird ja immer wieder betont, dass hier so viele Leute aus dem Bildungskontext sitzen; Sie selbst ja auch, ich selbst auch viele Jahre –, dafür muss man nur an der Schule gewesen sein, dass wir ein drängendes Problem mit dem Thema Demokratiebildung in der Schule haben.

Wenn ich jetzt noch weiter zurückgehe und an die letzte Kuratoriumssitzung denke und Fragen stelle, warum zum Beispiel, und da bin ich jetzt nur bei der Landeszentrale – noch mal: die Stabsstelle ist nicht für die Landeszentrale gedacht, sondern die Landeszentrale ist ein Element in der Stabsstelle, so rum wird ein Schuh draus –, in einer Jahresplanung für 2025 nach dem 7. Oktober und nach den Europawahlen weder zum Links- noch zum Rechtsextremismus Projekte und Workshops enthalten sind, dann muss mir als politisch interessiertem Menschen und als zuständiger Fachsenatorin doch die Frage erlaubt sein, ohne dass ich jedes Mal von jedem Einzelnen in die rechte Ecke des Nationalsozialsozialismus oder des Faschismus gestellt werde. Auch in Ihrem Antrag, Herr Krüger, steht wieder drin:

> „Die Pläne der Bildungssenatorin verstoßen nicht nur gegen die Grundlagen der politischen Bildung, wie sie nach dem Nationalsozialismus über Jahrzehnte demokratischer Konsens waren.“

Damit unterstellen Sie mir, dass ich gegen demokratischen Konsens verstoße, und das – ich mache es auch noch mal im Ausschuss deutlich; ich habe es im Kuratorium deutlich gemacht – verbitte ich mir. Ich bin nicht nur Christdemokratin, sondern Demokratin mit Leib und Seele, und das werde ich auch immer bleiben, egal wie oft Sie draußen etwas anderes erzählen. Ich verbitte mir wirklich, dass das permanent, weil wir über eine Stabsstelle reden, in Abrede gestellt wird. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: So, dann treten wir in die Beratung ein. Ich lese kurz die entsprechenden Wortmeldungen vor: Frau Brychcy, Herr Freymark, Herr Lenz, Herr Krüger, Herr Hopp und Herr Weiß. – Wir starten mit Frau Brychcy – bitte sehr!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank! – Ich finde sehr gut, dass wir das heute hier auch im Bildungsausschuss auf der Tagesordnung haben, und ich fände auch gut, wenn wir über die einzelnen Punkte noch mal sprechen können. – Frau Senatorin! Sie haben gesagt, dass bezüglich der Demokratiebildung aktuell in der Senatsbildungsverwaltung kein Gesamtüberblick vorliegt und dass das die Begründung ist, weswegen die Stabsstelle eingerichtet werden soll. Da wollte ich noch mal nachfragen; denn selbst wenn man zu dem Punkt kommt und sagt: Okay, bis jetzt sind zu viele Abteilungen damit betraut, es ist unübersichtlich, wir brauchen eine Stelle –, dann wollte ich noch mal zu der Ausrichtung der Stabsstelle fragen. Die Frage ist, warum hier eine Musterausstattung vorgesehen ist und keine öffentliche Ausschreibung, wo genau die Stabsstelle jetzt voraussichtlich angegliedert werden soll und welche Aufgaben diese Stabsstelle erhalten soll, um auch genau dieses Ziel, das Sie auch genannt haben, dass das sortiert wird innerhalb der Bildungsverwaltung, zu verfolgen. Da habe ich natürlich insbesondere im Kopf, wie die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung gestaltet wird. Also: Wer macht wem Vorgaben? – Sie haben damals gesagt, es soll keine Mitzeichnung geben, aber schon, dass Initiativen der Stabsstellen aufgegriffen werden sollen, dass es eine Abstimmung geben soll. Also wie genau soll das stattfinden, und wie gliedert sich hier das Kuratorium ein, das gesetzlich abgesichert ist, wo der Auftrag klar benannt ist? Das ist, glaube ich, wichtig, um zu verstehen, was jetzt geplant ist.

Aus meiner Sicht ist auch noch mal die Frage Demokratiebildung – Sie haben es gerade angesprochen, dass es nicht nur um die Landeszentrale geht, sondern dass es Ihnen auch um die Jugendbildungsstätten, die Jugendverbände und andere Institutionen geht. Da möchte ich auch noch mal nachfragen. Wie soll die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen hier erfolgen? Was ist hierzu geplant?

Dann hatten wir eine Anhörung, bei der wir Bedarfe diskutiert und gesagt haben, dass im Bereich der Erwachsenenbildung eine Lücke ist, dass wir Medienbildung brauchen. Wir haben hier auch Dinge formuliert, die für die Zukunft des Angebots wichtig sind. Da wollte ich auch noch mal nachfragen, inwieweit die jetzt aufgegriffen werden. Denn in Ihrem Antrag, der jetzt unter a vorliegt, da würde ich sagen: Weiterentwicklung der Landeszentrale – da hätte ich bis vor wenigen Wochen gesagt: Super, finde ich richtig, in diesem Sinne, Erwachsenenbildung und Medienbildung zu stärken; das ist alles richtig. – Aber jetzt bin ich so ein bisschen unsicher, was „Weiterentwicklung“ konkret heißt.

Dann wollte ich auch noch mal Folgendes ansprechen: Ich persönlich habe hohes Vertrauen in die Landeszentrale. Die gesamte Debatte, auch im Plenum zum Beispiel, auch im Kuratorium, in der Öffentlichkeit, hat so ein bisschen das Vertrauen der Akteurinnen und Akteure, die agieren und aus meiner Sicht sehr gute Arbeit machen, erschüttert. Es wurden auch einzelne Veranstaltungen herausgegriffen, wo gefragt wurde, ob diese in das Portfolio passen oder nicht.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich darf darauf hinweisen, dass unsere selbst gesetzten drei Minuten gleich vorbei wären – nur einfach als Hinweis.

Franziska Brychcy (LINKE): Ja, ich bin gleich fertig, vielen Dank! – Ich versuche mich zu fokussieren. Ich wollte nur sagen: Das finde ich so ein bisschen – – Also wenn, dann müssen wir über das gesamte Angebot sprechen. Sie haben ja gesagt, die Jahresplanung des Kuratoriums, die Evaluation, die Qualitätskriterien und Wirksamkeit, das sind alles Punkte, die wichtig sind. Ich glaube, das stimmt. Wir müssen darüber sprechen: Welche Bedarfe gibt es? Gibt es genug Veranstaltungen? Geht das in die richtige Richtung? – Und so weiter. Aber was nicht geht, ist, einzelne Veranstaltungen herauszugreifen und das als Beleg dafür zu nehmen, dass die Landeszentrale an sich nicht gut funktioniert. Das finde ich nicht fair und glaube auch, dass das in der öffentlichen Debatte eine Beschädigung ist.

Und dann wollte ich mich noch in einem Satz an Herrn Freymark wenden, denn Sie hatten im Plenum gesagt, dass – –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir haben uns ja selbst die drei Minuten Redezeit gesetzt. – [Franziska Brychcy (LINKE): Genau! Aber ich bin jetzt auch noch innerhalb dieser Minute; Sie haben mich eben gerade schon ermahnt.] – Jetzt sind es viereinhalb. Ich bitte wirklich, dass alle zu Wort kommen. Wir können dann gerne noch eine zweite Runde machen, aber an die selbst gesetzten Vorgaben müssen wir uns schon halten. – Frau Brychcy, letzter – –

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, dass Sie mich noch mal darauf hinweisen, aber diesen Satz möchte ich gerne beenden, bevor ich dem nächsten Kollegen die Chance gebe, und wollte noch mal sagen, dass der zweite Standort der Landeszentrale ein Gemeinschaftsprojekt war und nicht der CDU zuzurechnen ist. Das möchte ich hier noch mal sagen, weil Sie im Plenum behauptet haben, dass Sie als Koalition diesen zweiten Standort eröffnet haben. Das fand ich, ehrlich gesagt, dreist, weil viele Akteurinnen und Akteure daran gearbeitet haben, dass es diesen zweiten Standort jetzt gibt. Man kann sich nicht mit fremden Federn schmücken; das ist nicht in Ordnung.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Freymark, bitte sehr!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank! – Ich bin ja Gast hier in diesem Ausschuss und bin sehr froh über die lebhafte Debatte, denn sie zeigt, wie wichtig es ist, Fragen zu stellen, kritisch zu bleiben, Meinungen zu äußern. All das, was Sie jeden Tag gern machen, wollten Sie, dass die Senatorin es nicht mehr macht. Sie haben gesagt, sie darf keine Fragen stellen, sie darf auch keine Beispiele nennen und sie darf ihre Fachaufsicht nicht ausüben. – Das war Ihre Grundhaltung; das steht in diesem Antrag drin.

Herr Krüger! Sie hatten jetzt die Möglichkeit, diesen Antrag entweder zurückzuziehen oder vielleicht auch mal zum Ausdruck zu bringen, dass Sie sich erkundigt haben, was Stabsstellen eigentlich machen. Haben Sie das mal gemacht? Haben Sie mal in Pankow nachgefragt, wie die Stabsstelle dort organisiert ist? – Ich würde es schon gut finden, wenn Sie uns da ein bisschen helfen. Ich nehme übrigens wohlwollend zur Kenntnis, dass es sich sprachlich schon etwas verändert hat: Heute keine Nazivergleiche, heute ist die Stabsstelle nicht mehr undemokratisch, sondern jetzt geht es um Ausgestaltung und darum, wer da in Frage kommt, und es ist ein transparentes Verfahren. – Das ist eine Weiterentwicklung.

Sie, Herr Krüger, haben womöglich vergessen, dass Sie ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben haben – ich erinnere Sie gern daran –; das ist ja auch öffentlich geworden. Da ist gar

nichts mehr davon zu finden, dass es undemokratisch ist, Stabsstellen einzuführen. Wie sehen Sie das eigene Rechtsgutachten? Das haben Sie in Auftrag gegeben als Grünenfraktion. Lassen Sie uns doch mal teilhaben, was das eigentlich bedeutet!

Wenn Sie immer noch zu dem stehen, was Sie hier aufgeschrieben haben, dann würde das aus meiner Sicht bedeuten: Sie müssten einen Antrag neu schreiben und sagen, die Landeszentrale für politische Bildung wird herausgelöst aus dem Land Berlin, bekommt also den Status einer NGO, es darf, wenn möglich, auch keiner mehr mit einem Parteibuch dort Direktor sein. Sie wünschen sich ja Unabhängigkeit; ich glaube, die bringt man nur zum Ausdruck, wenn man alles politikfern macht. Ich weiß nicht, warum Sie Abgeordneter geworden sind. Ich kann für mich sagen: Ich bin Abgeordneter geworden, um politisch Einfluss zu nehmen, um zu kontrollieren, um Haushaltsgesetzgeber zu sein, um Gesetzgeber zu sein, um Rahmen möglich zu machen. Ich wundere mich, dass Sie anderen das in Abrede stellen wollen. Heute ist auch Herr Dr. Raiser da; der ist bisher die Fachaufsicht. In diesem Antrag, den Sie dann formulieren müssten, müsste drin sein, dass Herr Dr. Raiser diese Fachaufsicht nicht mehr ausüben darf; das müsste auch in Ihrem Antrag drinstehen.

Ich will nicht Ihre Anträge schreiben, keine Sorge, aber ich will zum Ergebnis kommen, auch aus der Debatte des Plenums, auch der jetzigen Debatte: Sie haben sich völlig verlaufen. Sie haben 23 000 Menschen mit dieser Petition hinters Licht geführt. Und anstatt ehrlich zu sagen: Mensch, da haben wir uns in unserem Oppositionssein irgendwie so verlaufen – – dass heute eigentlich nur ein Satz notwendig gewesen wäre: Wir entschuldigen uns. Wir entschuldigen uns bei der Senatorin und bei dieser Koalition, dass wir den Eindruck erweckt haben, hier wäre irgendetwas undemokratisch, was maximal demokratisch ist. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Lenz, bitte sehr!

Stephan Lenz (CDU): Es sind ja mehrere Punkte, und insofern werden wir, glaube ich, auch mehrere Rederunden brauchen. Jetzt zunächst mal zum Themenfeld Stabsstelle: Auch ich würde gern unterstreichen, wenn das möglich ist, Herr Krüger, dass Sie uns Ihr Gutachten zur Verfügung stellen; dann würden wir uns sehr freuen, an diesen rechtlichen Ausführungen teilzuhaben, insbesondere deswegen, weil das Ergebnis sich deckt mit unserer Einschätzung, und das ist ja bei Auftragsgutachten einer Fraktion eher überraschend. Es scheint mir also recht eindeutig zu sein, die Rechtslage, entgegen Ihrer ursprünglichen Behauptung.

Ich wollte jetzt hier einer anderen Behauptung entgegentreten, nämlich: Sie haben ja versucht, eine Gemengelage aufzumachen – Kuratorium gegen Senatsverwaltung. Da war ich jetzt wirklich überrascht, denn es ist mitnichten so, dass im Kuratorium eine, sagen wir mal, allzu hohe Zufriedenheit mit der konkreten Auftragsausübung der Landeszentrale besteht; das ist mitnichten so. Ich bin ja neu im Kuratorium; ich persönlich war wirklich sehr überrascht, wie ich mich da eingearbeitet habe, was hier unter politischer Bildungsarbeit gefasst wird in Berlin. Wenn man das ein bisschen abgleicht mit dem, was im restlichen Bundesgebiet passiert, dann kann man schon sagen, dass Berlin eine Sonderrolle einnimmt. Sonderrollen müssen nicht immer schlecht sein, aber in diesem Fall halte ich diese Sonderrolle nicht für gut. Das hat auch nichts zu tun mit dem, was der Auftrag von politischen Bildungseinrichtungen ist, und schon gar nichts mit dem Auftrag einer Landeszentrale. Die Senatorin hat zu Recht gesagt, dass es keine gesetzlichen, klaren Vorgaben gibt. Insofern spricht viel dafür, das über eine Stabsstelle zu koordinieren und zu bündeln. Aber es ist mitnichten so, dass jede Landes-

zentrale so machen kann, was ihr gerade einfällt, sondern es gibt – das haben wir schon oft besprochen – natürlich Vorgaben, auf die man sich verständigt hat, es gibt den Beutelsbacher Konsens, und der ist schon Maßstab für die Arbeit einer Landeszentrale und überhaupt von politischer Bildungsarbeit; und da gibt es Schwierigkeiten.

Wir haben ja gesagt: Na gut, wir müssen dort erst mal Sachverstand reinbringen. Deswegen haben wir eine Sachverständigenanhörung zu dem Thema durchgeführt, haben Experten gehört. Ich beziehe mich noch mal ausdrücklich auf die Ausführungen von Prof. Zehnpfennig, die herausgearbeitet hat, was eben Aufgabe von politischer Bildungsarbeit ist. Letztlich geht es um die Herstellung von Mündigkeit. Es geht darum, den Meinungsaustausch zu organisieren, Vielfalt auszuhalten. Es geht nicht darum, eine bestimmte Gleichstellungsagenda abzuarbeiten. Der Eindruck drängt sich hier schon auf, dass das bei der Landeszentrale in Berlin anders gelebt wird. Ich halte das in höchstem Maße für problematisch, weil wir – da deckt sich unsere Einschätzung –, glaube ich, als demokratische Gesellschaft schon unter Druck stehen. Und wenn wir unter Druck stehen, dann müssen wir doch genau herausarbeiten, was uns gemeinsam trägt, und müssen da jede Übertreibung vermeiden. Insbesondere müssen wir dann vermeiden, dass im Rahmen politischer Bildungsarbeit eben – noch einmal – eine bestimmte politische Agenda abgearbeitet wird und eben nicht darauf geachtet wird oder geschützt wird, dass hier Demokratiefähigkeit hergestellt wird. Da liegt das Problem. Da liegt auch der Dissens.

Noch einmal: Der Dissens ist im Kuratorium. Mitnichten ist es so, dass das Kuratorium hier einer Meinung ist und sich in irgendeiner Form gegen die Bildungsverwaltung stellt. Im Gegenteil: Wir als Kuratorium begleiten ja die Arbeit der Landeszentrale, und wir fordern – insoweit sind wir Parlament – von der Bildungsverwaltung ein, dass im Rahmen der Fach- und Rechtsaufsicht darauf geachtet wird, dass der Auftrag der Landeszentrale auch wahrgenommen wird, und zwar so, wie er vorgesehen ist. Auch da kann ich sagen: So, wie es jetzt ist, so, wie die Fachaufsicht jetzt gelebt wird, kann es aus meiner Sicht nicht bleiben.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Lenz! Sie müssten jetzt auch langsam zum Ende kommen.

Stephan Lenz (CDU): Ich bin am Ende angelangt. Ich habe ja schon angekündigt, dass wir da mehrere Runden brauchen werden. – Sie merken, da ist durchaus Dissens, auch innerhalb der Koalition; das hat die Öffentlichkeit auch erreicht. Aber Dissens gehört zur Demokratie. Insofern ist das ja gar nicht schlimm. Ich freue mich auf die weitere Debatte.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Krüger, bitte sehr!

Louis Krüger (GRÜNE): Ich brauche allein eine Runde, um die ganzen Unterstellungen hier aufzuräumen. Ich fange mal an mit dem Folgenden, weil ich das wirklich als ernsthafte Frage empfinde: Ich habe Sie nie und wollte Sie nie in einen Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus stellen; das habe ich mit diesem Antrag auch nicht getan. In diesem Antrag steht drin: Es gibt einen Grundkonsens zur politischen Bildung, der auf den Erfahrungen des Nationalsozialismus fußt. – Um diesen Grundkonsens geht es mir. Das bringt überhaupt nicht Sie in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus. Das möchte ich einmal klarstellen. Ich halte Sie auch nicht für undemokratisch, genauso wie jemand anderen. Dann kann Herr Freymark wieder jeden Einzelnen von uns fragen, wen wir hier für demokratisch halten oder nicht. Das

kann ich einmal direkt beantworten: Uns, wie wir hier sitzen als CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Grüne und Linke, halte ich für demokratische Persönlichkeiten.

Zur Petition: Da wurde mir auch unterstellt, dass ich diese Petition gestartet hätte. Das ist auch eine infame Unterstellung. Ich habe diese Petition nicht gestartet, ich habe damit nichts zu tun gehabt. Ich fand die Petition aber richtig und habe sie deshalb unterstützt. Das ist aber ein großer Unterschied.

Dann zu den Fragen der Standards der politischen Bildung: Da hatten wir ja die Anhörung, und da hatten wir auch drei Anzuhörende, die sich eigentlich relativ klar darüber waren, wie Standards der politischen Bildung aussehen. Wenn man mal in den Bereich der politischen Bildung reinschaut, da bin ich mir relativ sicher, dass die entsprechenden Träger ziemlich genau auflisten können, nach welchen Standards sie arbeiten. Mich würde interessieren, wo Sie die festgeschrieben haben wollen, diese Standards. Soll das irgendwo gesetzlich festgeschrieben sein? Wollen Sie eine hausinterne Handreichung haben? Wer soll die erstellen? Soll die eine Stabsstelle erstellen, wo Menschen ohne Ausschreibung besetzt werden sollen? Warum macht man das nicht über die Wissenschaft, über die Zivilgesellschaft, über Menschen in einem breiten Diskurs, anstatt das einseitig über nicht ausgeschriebene Stabsstellen zu machen?

Ich habe auch nie gesagt, dass Fragen unzulässig sind; darum geht es überhaupt nicht. Wir können alle so viele Fragen stellen, wie wir wollen; das ist nicht die Frage. Die Frage ist aber: Gebe ich Anweisungen, gebe ich Steuerung zu bestimmten politischen Inhalten? – Und wenn Herr Lenz sagt, es gibt eine Gleichstellungsagenda, die von der Landeszentrale und dementsprechend auch vom Direktor der Landeszentrale verfolgt würde, und Sie das ändern wollen, dann ist das schon für mich ein Eingriff in die politische Bildungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Dass es eine Fachaufsicht gibt von der SenBJF – darüber haben wir schon öfter geredet –, das bestreite ich nicht, und es ist auch richtig, dass es eine Fachaufsicht gibt. Die Frage ist ja: Wie agiert die Fachaufsicht? Die entscheidende Frage ist: Warum reicht Ihnen die bestehende Fachaufsicht bisher nicht aus? Macht Herr Raiser seinen Job nicht gut genug, dass Sie eine zweite Fachaufsicht brauchen? Das ist ja die entscheidende Frage.

Zum Gutachten muss ich wahrscheinlich in der zweiten Runde mehr sagen. Das können Sie sehr gern bekommen. Das ist gar kein Problem, das können wir sehr gern machen.

Was mich jetzt noch mal interessieren würde zur Stabsstelle, ist: Da ging es ja auch immer um den Wildwuchs, der dort bekämpft werden soll. Da fände ich es spannend, wie dieser Wildwuchs definiert wird, abseits von: Man greift sich zwei Veranstaltungen raus, die man irgendwie nicht gut findet, die übernachgefragt waren übrigens. Das Interesse der Stadt scheint da vorhanden zu sein. Aber wie definieren Sie eigentlich diesen Wildwuchs? Welche Kriterien gibt es dort? – Das würde uns alle sicher sehr interessieren – und wie, darum ging es Ihnen ja auch immer, eine effizientere Struktur gewährleistet werden kann durch eine zusätzliche Stelle, die zusätzlich mit den entsprechenden Abteilungen Dinge abstimmen soll. Sie wollten sich jetzt vorlegen lassen von der Landeszentrale für das Jahresprogramm 2025 sämtliche Veranstaltungen mit sämtlichen Budgethöhen, mit sämtlichen Kooperationspartnern und Begründung der jeweiligen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner. Für mich spricht das nicht für eine Effizienz der Arbeit, wenn wir jetzt anfangen, auf diesem Mikromanagementlevel die Dinge durchzugehen.

Was mich auch bei der Stabsstelle wundert: Wenn Sie tatsächlich an einer inhaltlichen Verbesserung – darüber kann man wirklich reden; wo können da Menschen noch besser miteinander zusammenarbeiten? – interessiert sind, warum sind denn die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatsverwaltung nicht in diese Prozesse miteingebunden worden bei der Errichtung oder Einrichtung der Stabsstelle? Wir haben das im Kuratorium gehört: Weder Herr Gill noch Herr Raiser waren einbezogen in die Konzeption der Stabsstelle. Auch im Jugendbereich waren die Personen entsprechend nicht einbezogen in die Einrichtung oder Konzeption der Stabsstelle. Wie soll das denn funktionieren?

Ein letzter Satz noch zum Antrag der Koalition, warum wir dem am Ende nicht zustimmen werden, obwohl – Frau Lasić hat es gesagt – da viele Dinge enthalten sind, die wir alle teilen. Aufsuchende politische Bildungsarbeit finden wir gut, den zweiten Standort der Landeszentrale finden wir gut, eine Kooperationsstelle fänden wir gut. Aber wie Frau Brychcy das richtig gesagt hat: Da steht eben dieser Satz mit der Weiterentwicklung drin. Angesichts der Debatten, die wir hier gerade führen, –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Krüger!

Louis Krüger (GRÜNE): – sind wir uns unsicher, was darunter zu verstehen ist. Deswegen würden wir uns an der Stelle enthalten. – Dann melde ich mich gleich für die zweite Runde.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Hopp!

Marcel Hopp (SPD): Vielen Dank! – Es ist schwer, wenn so viele geredet haben, die Minuten einzuhalten; ich versuche mein Bestes. Ich glaube, auf vieles wurde eingegangen. Mir ist noch mal wichtig, auf den Punkt Vertrauen einzugehen. Das ist jetzt ein großer Rahmen, und gleichzeitig ist er gar nicht so groß, denn er betrifft auch dieses Parlament. Wir sind in krisenhaften Zeiten, was die Demokratie angeht. Sie ist von innen und außen unter Beschuss; das wissen wir alle. Insofern muss ich in Bezug sowohl auf Interviews in der Zeitung als auch auf das, was jetzt im Antrag steht, sagen: Ich habe das in keiner Weise so gelesen, wie das hier unterstellt wird. Das sage ich auch als Geschichts- und Politiklehrer. Natürlich: Wir alle als Demokratinnen und Demokraten auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung müssen das immer vor dem Hintergrund des NS-Regimes und dessen, was die Lehre daraus ist, tun. Deswegen hat ja die Landeszentrale so eine besondere Stellung, und deswegen ist ja auch jetzt der Anlass für uns da, dass wir darüber sprechen. Das möchte ich einfach deutlich sagen, dass ich mich auch in dieser Hinsicht durchaus schützend vor diesen Antrag stellen möchte. Wir werden ihn natürlich trotzdem ablehnen.

Ich möchte aber trotzdem noch mal auf den Punkt Vertrauen eingehen. Vertrauen beziehungsweise Stimmungen und auch Misstrauen werden in der Regel nicht aus der Gesellschaft gemacht, sondern von Akteuren, die Verantwortung haben. Wir haben in dieser Hinsicht eine große Verantwortung. Ich muss auch sagen, dass wir als Koalitionspartner sehr irritiert waren, als Äußerungen im Parlament getätigt wurden von wegen: Wildwuchs beenden! – oder der Anschein der Infragestellung der Landeszentrale generell und ihrer Arbeit anhand von Einzelworkshops erweckt wurde, die, wenn man sich das genau angeguckt hat, auch noch übernachgefragt sind. – Herr Lenz! Sie haben jetzt, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, keinen Beitrag dazu geleistet, dass ich jetzt mehr Vertrauen habe. Wenn Sie sagen, wir haben Probleme mit dem Beutelsbacher Konsens – Überwältigungsverbot, Partizipationsgebot, Kontro-

versitätsgebot –, wo konkret, das möchte ich jetzt wirklich mal wissen, hält das die Landeszentrale für politische Bildung nicht ein? Ich habe da einen absoluten Dissens, inhaltlich und politisch, und sehe das überhaupt nicht so. Und ich finde, genau das macht dann wieder Misstrauen. Das ist genau das Problem, das hier der Elefant im Raum ist.

Es gibt eine massive Verunsicherung, nicht nur hier in diesem Raum, sondern in der Zivilbevölkerung, der wichtig ist, dass insbesondere in diesen Zeiten – ich komme wieder darauf zurück – die demokratische Bildung und die Demokratinnen und Demokraten beieinanderstehen und sich nicht auseinanderdividieren. Wir – SPD-seitig – nehmen das sehr ernst. Herr Freymark hat völlig recht: Eine Stabsstelle ist formal kein Problem. Aber sie wird zu einem Problem, wenn wir nicht gemeinsam dafür Sorge tragen, dass wir das Vertrauen in Demokratiebildung stärken. Wenn wir Misstrauen säen durch diese Äußerungen, dann kann eine Stabsstelle zum Problem werden; das ist so.

Das Rechtsgutachten der Grünen ist natürlich rechtlich völlig in Ordnung, aber das Ergebnis bestärkt doch nur die Verantwortung, die wir als politisch Verantwortliche in diesem Fall haben. Insofern: Sie haben da eigentlich selbst, vielleicht auch ungewollt, die Antwort gegeben: Wir sind Abgeordnete geworden, um politisch Einfluss zu nehmen. Genau deshalb haben wir das Kuratorium – weil wir wissen, wie wir hier ticken, und weil wir Einfluss nehmen wollen. Das ist auch völlig in Ordnung. Aber das Kuratorium hat Überparteilichkeit und Unabhängigkeit zu gewährleisten, das ist unsere gemeinsame Verantwortung, eben nicht das inhaltliche Steuern, das inhaltliche Einflussnehmen. Das sage ich auch ganz bewusst als Vertreter einer Partei, die dieses Haus lange hatte, der jahrzehntelang so wichtig war, dass die Landeszentrale politisch unabhängig und überparteilich arbeiten kann.

Deswegen – ich hoffe, dass ich noch in der Zeit bin –: Am Ende geht es darum, dass wir miteinander in einem Boot sitzen als Demokratinnen und Demokraten, gemeinsam. Der Appell kann nur sein, dass wir hier zusammenrücken. Bei dem, was hier passiert, gewinnt nur eine Seite, und die sitzt da hinten. Und das ist das Problem an der Sache. Wenn in den letzten Monaten so gesprochen worden wäre, wie heute gesprochen wurde, dann hätten wir jetzt nicht das Problem. Das ist aber nicht der Fall. Das heißt, hier wurde massiv Vertrauen zerstört, und es ist spätestens jetzt an der Zeit, dass Vertrauen wieder aufgebaut wird. Dafür stehen wir gerne bereit als Koalitionspartner. Aber einem Großteil der Kritik, die hier geäußert wird, müssen wir tatsächlich zustimmen, auch wenn wir am Endes des Tages heute dem Antrag nicht zustimmen. Auch das hat damit zu tun, dass formal die Stabsstelle nicht das Problem ist, sondern die Frage, wie wir uns politisch verständigen, was Demokratiebildung hier ist und wie konkret die Stabsstelle – – welche Aufgabe sie hat. Dafür brauchen auch wir mehr Antworten. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Weiß, bitte sehr!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bin sehr froh, dass ich unmittelbar nach Herrn Hopp sprechen darf, weil er sehr gut angesprochen hat, worum es ganz offenkundig in dieser Diskussion – die Diskussion um die Stabsstelle ist ja nur eine Scheindiskussion – gehen muss, nämlich darum, was sowohl die CDU, die ja das Ressort innehat, auch als die politische Linke in diesem Raum, eingeschlossen die SPD, die Teil der Koalition ist, unter Demokratiebildung verstehen. Im Prinzip müsste die Diskussion, die wir in der Ausschusssitzung vor der Sommerpause geführt haben, fortgesetzt werden. Denn da war es sehr

interessant, einerseits den Kollegen Lenz von der CDU zu hören – ich bin nun wahrlich niemand, der leichtfertig mit Lob für die CDU um sich schmeißt –, der sehr gute und auch differenzierte Wortbeiträge dazu gefunden hat, wie, ich hoffe, die gesamte CDU sich Demokratiebildung und politische Bildung vorstellt. Auf der anderen Seite haben wir Herrn Hopp und die SPD. Die Frage, die es zu beantworten gilt, ist, wie die Landeszentrale zukünftig ausgerichtet werden soll. Denn es ist deutlich geworden, dass ganz offensichtlich die politische Linke in diesem Raum einschließlich der SPD die Landeszentrale als ideologische Speerspitze im Kampf gegen rechts oder für Minderheitenpolitik begreift.

Ich darf vielleicht noch mal etwas zurückgehen in die letzte Legislaturperiode – [Zuruf] – ja, auch ich darf aussprechen, danke! –, da war es die Kollegin Bentele, die noch Teil dieses Abgeordnetenhauses und auch Teil der Landeszentrale war, die damals schon das Angebot kritisierte. Es war nun die Bildungssenatorin, die im entsprechenden Plenum – im vorletzten Plenum war es, meine ich – darauf hingewiesen hat, dass solche Angebote wie Queerphobie, kritisches Weißsein, Antirassismus, Argumentationstraining gegen rechts und so weiter Angebote sind, die in der Landeszentrale nicht unbedingt etwas zu suchen haben – die würden wahrscheinlich besser in die Rosa-Luxemburg-Stiftung passen –, und dass es Angebote gibt – nüchterne Informationsangebote, Angebote zu Demokratie, Marktwirtschaft, Institutionenkunde –, die zu kurz kommen – mal davon abgesehen, dass ich daran erinnern darf, dass es auch in der Vergangenheit, im September 2020, zu Verstößen der Landeszentrale gegen den Beutelsbacher Konsens kam. Da gab es diese unsägliche Broschüre zur Stellungnahme „Neue Rechte – Rassismus – Diskursverschiebungen – Gewalt“, die eindeutig nicht auf der Grundlage des Beutelsbacher Konsenses stand.

Auch ich darf an die Aussagen von Frau Zehnpfennig in der entsprechenden Anhörung vor der Sommerpause erinnern, die sehr deutlich gemacht hat, dass es auf eine Rückbesinnung auf die Grundlagen der politischen Bildung ankommt, also weniger Identitätspolitik und weniger Minderheitenpolitik, und dafür mehr Respekt für die Pluralität politischer Prozesse anzustreben ist. Da würde mich interessieren, wie die CDU und die SPD da zusammenkommen wollen, denn die Aussagen sowohl von Herrn Lenz als auch von Herrn Hopp zeigen, dass man da offensichtlich, bisher zumindest, nicht zueinanderkommt.

Abschließend möchte ich noch auf den Antrag der Grünen eingehen. Frau Bildungssenatorin hat es schon gesagt, dass Sie in diesem Antrag als Begründung schreiben, dass die Pläne der Senatorin „gegen die Grundlagen der politischen Bildung“ verstoßen würden, „wie sie nach dem Nationalsozialismus über Jahrzehnte demokratischer Konsens waren.“ – Nur, leider entspricht das ja auch nicht den Tatsachen, denn in den Aufbaujahren der politischen Bildung hieß die heutige Bundeszentrale für politische Bildung noch „Bundeszentrale für Heimatdienst“. Deren Hauptaufgabe war damals die Abwehr gegen kommunistische Systemkonkurrenz aus dem Osten, gerade vor dem Hintergrund der Erfahrung von 1953. In Ihrem Antrag steht genau das Gegenteil drin. Das heißt, mit den Grundlagen der politischen Bildung in der Aufbauzeit haben Ihre Ansichten überhaupt gar nichts mehr zu tun. Das heißt, politische Bildungsarbeit auf dem Boden der Identitätspolitik, so, wie die SPD, die politische Linke das forciert, ist eben keine freiheitliche Bildungsarbeit, denn sie ist nicht ergebnisoffen. Sie zielt auf Indoktrination ab und zerstört damit die Grundlagen der demokratischen Bildungsarbeit. Dementsprechend ist unsere Hoffnung, dass hinter den wohlfeilen Worten der CDU und dem, was sie mit der Stabsstelle beabsichtigt, tatsächlich noch etwas mehr steckt, dass es tatsäch-

lich darum geht, politische Bildungsarbeit dahin gehend wieder etwas ergebnisoffener zu gestalten, dass es eben keine Indoktrinierung –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Weiß! Darf ich Sie auch darauf hinweisen, zum Ende zu kommen?

Thorsten Weiß (AfD): – ich bin sofort fertig, Frau Vorsitzende! –, dass es eben nicht um Indoktrinierung geht und auch nicht darum, wie gerade die politische Linke in diesem Hause sich Demokratiebildung vorstellt. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Schedlich!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe noch ein, zwei Fragen zum Jugendhilfebereich und dazu, inwiefern die Stabsstelle da am Ende involviert werden soll. Auch der Unterausschuss im Landesjugendhilfeausschuss hat am 16. August schon die Information bekommen, dass die Stabsstelle auch für die Bereiche Jugendhilfe, insbesondere Jugendverbände, Jugendbildungsstätten und Jugend-Demokratiefonds zuständig sein soll. Ich würde mich freuen, wenn Sie, Frau Senatorin, ausführen könnten, wie diese Zuständigkeit genau gedacht wird. Wie wird auch sichergestellt, dass die fachliche Steuerung und die Förderung der Jugendverbände und der Jugendbildungsstätten so, wie im Sozialgesetzbuch VIII geregelt, im Zuständigkeitsbereich des Landesjugendamts und damit im Fachzusammenhang der Jugendhilfe bleibt? Wie verhält sich die geplante Arbeit der Stabsstelle in Hinsicht auf die Angebote der Jugendhilfe, also auch wieder Jugendverbände, Jugendbildungsstätten und Jugend-Demokratiefonds? Im Sozialgesetzbuch VIII steht:

> „Die öffentliche Jugendhilfe soll mit der freien Jugendhilfe zum Wohl junger Menschen und ihrer Familien partnerschaftlich zusammenarbeiten. Sie hat dabei die Selbständigkeit der freien Jugendhilfe in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben sowie in der Gestaltung ihrer Organisationsstruktur zu achten.“

Wie kann das weiterhin berücksichtigt werden? – Zum Abschluss noch: Warum wurde der Landesjugendhilfeausschuss bisher an den Planungen zur Stabsstelle in Hinsicht auf diese Angebote in der Jugendhilfe nicht beteiligt? Wird das in Zukunft geschehen? Gibt es da schon konkrete Pläne?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann machen wir weiter mit Frau Dr. Lasić.

Dr. Maja Lasić (SPD): Danke! – Wie das letzte Mal auch zeigt die Debatte, wenn wir sie lange genug führen, den Spannungsbogen, in dem wir uns bewegen. Als Erstes ein ehrliches Feedback: Ich bin mir nicht sicher; wenn ich als eine demokratische Partei von der AfD Lob bekomme, würde ich mich fragen, ob ich alles richtig mache. – [Zurufe von der CDU] – So, ich bin gerade dran; wir können uns immer weiter melden. – [Danny Freymark (CDU): Unterirdisch!] –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Können wir uns bitte darüber austauschen, dass wir jetzt mal das Wort an Frau Lasić und dann – –

Dr. Maja Lasić (SPD): Das Feedback mit „unterirdisch“: Herr Freymark! Wir können uns danach gerne auch sozusagen angreifen auf anderem Wege; jetzt spreche ich. Okay? – [Danny Freymark (CDU): Ich möchte Sie überhaupt nicht angreifen!] – Das ist gerade ein Angriff gewesen. Vielleicht haben Sie sich ja ein bisschen im Griff im Ausschuss. – [Danny Freymark (CDU): Zuerst hat sie uns ja angegriffen!] – Das war ein Feedback.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: So, Frau Dr. Lasić –

Dr. Maja Lasić (SPD): Ich bin gerade dran, soweit ich weiß. Oder? –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: – hat jetzt das Wort. –

Dr. Maja Lasić (SPD): – Und Sie werden nicht permanent dazwischenquatschen, während ich spreche.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: – Und weitere Wortmeldungen von Herrn Freymark und von Herrn Lenz stehen auch noch auf der Tagesordnung – nicht auf der Tagesordnung, auf der Rednerliste, Entschuldigung, aber somit auch auf der Tagesordnung zu dem entsprechenden Punkt. – Frau Dr. Lasić, bitte sehr!

Dr. Maja Lasić (SPD): Genau! – Wir haben ja vorher festgehalten, dass das der Punkt ist, an dem als Koalition nicht gemeinsam sprechen werden. Ich würde es begrüßen, wenn Bildungspolitiker innerhalb der CDU sich auch äußern würden an dieser Stelle. – [Zuruf von Danny Freymark (CDU)] – Nein, dass Sie hier sind, ist wunderbar, dass wir den Austausch suchen, aber es sprechen nur Sie. Das heißt, es gibt eine unterschiedliche Perspektive, die zum Beispiel eher aus dem Innenbereich kommt als aus dem Bildungsbereich. Das heißt, wenn es um den Abgleich anderer Bereiche geht, finde ich schon eine Positionierung auch der anderen. Es ist super, dass Sie da sind, aber – – – [Zuruf von Danny Freymark (CDU)] – Haben wir nicht gerade festgehalten, dass ich gerade spreche? – [Zuruf von Danny Freymark (CDU)] – Ja? – Genau, Sie können gleich antworten; aber wirklich: erst mal zuhören!

Ich muss an dieser Stelle auch die Senatorin adressieren. Wir sind wie ein Schnitzel abgegangen nach der Fragestunde im Plenum. – [Heiterkeit] – Gibt es den Spruch in Berlin nicht? Ich weiß nicht, wo ich den aufgegabelt habe. Jedenfalls haben wir uns aufgeregt innerhalb der SPD, weil wir an der Stelle das notwendige Maß, die die Aufsichtsbehörde über der Landeszentrale – – nicht gesehen haben. So ist eben auch unser Beitrag danach in der Debatte gewesen; also das Herausgreifen von einzelnen Beispielen und so weiter, das haben wir alles kommuniziert. Ich empfand Ihren Beitrag heute als viel besonnener. Das ist etwas, wo ich glaube, dass wir gemeinsam agieren werden.

Dann kamen aber die Beiträge von Ihnen, liebe Kollegen aus der CDU-Fraktion, und das ist auch der Grund, warum wir uns Sorgen machen. Denn Ihre Beiträge zeigen offenbar … [unverständlich]. Sorry, dass ich nicht auseinanderbekomme, wer von Ihnen was gemacht hat; es gab einen konkreten Angriff, bei dem Sie gesagt haben: Natürlich will ich als politischer Mensch Einfluss haben. – Das Kuratorium, das genau deshalb überparteilich angelegt ist, ist genau der Ort, wo Sie als CDU-Akteur es können. Diese Freiheit hat die Verwaltung nicht und auch nicht die CDU-Leitung, weil sie dort eben nicht das Korrektiv innerhalb der Verwaltung hat, wo andere Parteien sie einhegen, sondern wo sie die Überparteilichkeit alleine

gewährleisten muss. Das heißt, die CDU in der Exekutive muss ihrer Aufgabe anders gerecht werden als Sie im Kuratorium. Sie können gerne mit dem CDU-Hut im Kuratorium sitzen, und wir sind das Korrektiv. So kann die CDU in der Regierung nicht agieren, weder in der Fragestunde noch später in der Exekutive, sondern muss die Wahrung der Überparteilichkeit der Landeszentrale selbst gewährleisten. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer Rolle im Kuratorium und der Rolle der CDU in der Exekutive.

Das Zweite ist, und das war, glaube ich, Herr Lenz, dass das jetzige Agieren der Verwaltung direkt angegriffen wurde, das bisherige. Sie haben, glaube ich, im Wortlaut gesagt: So, wie bisher die Fachaufsicht funktioniert hat, geht es nicht weiter. – [Danny Freymark (CDU): Ja!] – Das ist ein direkter Angriff auf die Fachebene der Bildungsverwaltung, die bisher die Fachaufsicht hat. Das heißt, Sie wünschen sich ausdrücklich, dass die Fachaufsicht in Zukunft anders funktioniert. – [Zuruf von der CDU] – Die machen auch bisher ihre Arbeit. Es ist Ihre persönliche Meinung, dass die Arbeit bisher nicht gemacht wurde. Es gibt innerhalb des Kuratoriums ein Korrektiv – drei demokratische Parteien, die es anders wahrnehmen. Es ist meine Frage, tatsächlich an die Bildungsverwaltung erneut, inwiefern, wenn Sie sagen, die Fachaufsicht ist weiter auf der Fachebene, die das immer mit denselben Personen macht, die das weiterhin so wahrnehmen wollen, ob wir davon ausgehen können, dass die Bildungsverwaltung auch zukünftig ihre Fachaufsicht einfach weiterhin so machen wird wie bisher oder so, wie Herr Lenz sie sich wünscht. Das sind zwei völlig unterschiedliche Optionen: Entweder wird die Fachaufsicht anders gemacht oder so wie bisher. – Wir finden, dass sie bisher hervorragend lief, und wünschen uns das auch weiterhin, während wir im Kuratorium darüber sprechen, wie wir breiter aufstellen. Da ist auch ein guter Ort, um demokratisch miteinander zu debattieren, wie man es ausweitet, wie man es macht und was auch immer; damit habe ich überhaupt kein Problem.

Abschließen würde ich meinen Beitrag gern mit Ihrem Frontalangriff auf die Unterzeichner. Es ist lächerlich, der halben politischen Landschaft Berlins, sämtlichen Professoren im Bereich politischer Bildung zu unterstellen, sie wären von den Grünen hinters Licht geführt. – [Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Die Grünen sind an allem schuld!] – Ja, das finde ich allerdings auch, aber an dieser Stelle nicht.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann würde ich diese Gelegenheit nutzen, um Sie zu bitten, langsam zum Ende zu kommen.

Dr. Maja Lasić (SPD): Genau! – Ich glaube, dass die Professoren, dass diese ganzen Unterzeichner, die sich permanent im Bereich der politischen Bildung bewegen, sehr wohl in der Lage sind, das Agieren der jeweiligen Akteure zu bewerten. Das heißt, Sie unterstellen sämtlichen Professoren, sämtlichen Bildungsträgern, dem Landeselternausschuss, dem Landesschülerausschuss und allen, die sich da positioniert haben, dass sie keine Ahnung haben und nur ein Spielball der Grünen sind. Das würde ich so niemals postulieren. – [Marcel Hopp (SPD): Das ist auch ein Signal!] – Und das ist allerdings ein klares Signal von Ihnen, weshalb ich mir wünschen würde, dass auch die Bildungspolitiker, die mit dem Landeselternausschuss, dem Landesschülerausschuss, den politischen Bildnern regelmäßig zusammenarbeiten, –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Dr. Lasić! Bitte jetzt zum Ende kommen!

Dr. Maja Lasić (SPD): – sagen, ob sie das genauso sehen, ob sie genauso wenig Vertrauen darin haben, dass der Landeselternausschuss, der Landesschülerausschuss, alle politischen Bilder und Professoren im Bereich politische Bildung in der Lage sind, selbst eine Bewertung vorzunehmen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich bitte jetzt wirklich alle, sich an die drei Minuten zu halten. Ich werde dann wirklich einen Cut machen. – Bitte sehr, Frau Brychcy!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank! – Ich habe mal geguckt auf der Webseite der Senatsbildungsverwaltung und finde hier die Gesamtstrategie politische Bildung, Projekte gegen Extremismus und für Demokratie, verschiedene Materialien und Handreichungen, den Newsletter „Prävention von Antisemitismus in der Schule“. Also alles, was zu politischer Bildung in der Schule, außerschulisch gemacht wird, da gibt es bereits grundsätzliche Dokumente mit Standards. Wenn man jetzt sagen will: Das reicht nicht, wir brauchen hier eine Gesamtstrategie! –, dann hätte die Bildungsverwaltung die Möglichkeit, eine solche Gesamtstrategie mit dem Jugend-Demokratiefonds, mit sozusagen der Jugendverwaltung gemeinsam zu entwickeln. Da ist natürlich noch mal die Frage: Warum diese Stabsstelle? Warum kann man nicht diese Gesamtstrategie politische Bildung noch erweitern auf den Jugendbereich, sodass man dann auch ein Grundsatzdokument mit Standards hat? Das irritiert mich so ein bisschen, weil Sie vorhin gesagt haben, es gibt gar keine Standards, es gibt gar keine Strategie. Sie haben die Strategie selbst auf Ihrer Webseite.

Dann möchte ich noch mal den Antrag der Koalition aufrufen. Ehrlich gesagt, war ich ganz überrascht über Ihre Einlassung gerade, Herr Lenz, denn dort steht nämlich drin, welche besondere Bedeutung die Zielgruppen haben, die durch klassische Angebote der politischen Bildung im Moment nicht erreicht werden, die also nicht bis in die Landeszentrale kommen, weswegen die aufsuchende politische Arbeit so wichtig ist, die gerade bedroht ist, weil die Bundesmittel der Bundeszentrale für politische Bildung wegbrechen werden und deswegen die aufsuchende Arbeit in Gefahr ist. Deswegen frage ich noch mal, denn Sie schreiben es in Ihrem Antrag selbst, wie wichtig es Ihnen ist, dass wirklich eine Breite erreicht wird, dass politische Bildung in alle Communitys geht, dass wir junge Menschen ansprechen, die zum Beispiel nicht Deutsch sprechen können, dass es eine Koordinierungsstelle außerschulische politische Bildung bei der Landeszentrale geben soll – alles Ziele, wo ich sagen würde, das trifft sich überhaupt nicht mit Ihrem Wortbeitrag. Sie haben gerade gesagt: Das muss klar eingegrenzt werden! Das geht hier gar nicht! Wildwuchs! Funktioniert nicht mit der Fachaufsicht! – Ihr Antrag sagt genau das Gegenteil. Ich verstehe es nicht. Sind Sie sich da uneins, oder warum steht im Antrag, Sie wollen eigentlich alle Zielgruppen erreichen, Sie wollen im Prinzip die politische Bildung ausbauen, in die Breite bringen? Denn das würde ich unterschreiben, aber Ihr Redebeitrag ist genau das Gegenteil.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Meyer, bitte sehr!

Sven Meyer (SPD): Wir haben am Anfang über die Stabsstelle gesprochen. – Herr Freymark! Sie haben noch mal deutlich gemacht, wie das rechtlich eigentlich selbstverständlich sein müsste. In Ihrer Rede im Plenum war das auch ganz klar deutlich. Wo ist das Problem? – Aber wir reden hier nicht über die Stabsstelle. – Herr Lenz! Sie haben ganz deutlich gemacht, worum es geht: Wir diskutieren über eine inhaltliche Neuausrichtung der Landeszentrale. Und die ganze Zeit, und da muss ich ganz ehrlich sagen, sollten wir ehrlich – nein, wir sind ehr-

lich, wir diskutieren. Es geht immer um eine Begründung der inhaltlichen Ausrichtung der Landeszentrale, und es ist ein erheblicher Schritt. Dann ist es, muss ich auch sagen, ein Stück verlogen, sich einfach formaljuristisch – das muss ich wirklich so deutlich sagen, denn ich finde es echt schwierig – hinter die Stabsstelle zu stellen. Warum wird und soll die Stabsstelle eingerichtet werden? – Da muss man sagen: Jedes Argument, das genannt wurde – – Es wäre mal schön zu hören, dass es tatsächlich um bessere Strukturen geht, vielleicht darum, dass es besser läuft, weil es da hakt, weil die Verwaltung nicht so gut läuft, oder dass wir sie besser unterstützen, aber jedes Mal höre ich, dass es inhaltliche Probleme aus Wertegründen Ihrerseits gibt. Das hat Herr Lenz die ganze Zeit gerade – – Wir reden die ganze Zeit eigentlich nur noch um das. – Sie nicken sogar. Dann muss ich ganz ehrlich sagen: Lassen Sie uns nicht mehr um die Stabsstelle sprechen! Da haben die Grünen recht: Wir diskutieren nicht über die Stabsstelle, sondern wir diskutieren darüber, warum Sie die Landeszentrale so fast schon diskreditieren. Und das ist ein Problem, wenn Sie im Grunde die Landeszentrale infrage stellen. Denn eins – da muss ich tatsächlich sogar der AfD recht geben – ist klar: Die Landeszentrale ist eine wertgebundene Einrichtung. Sie wurde errichtet als Speerspitze gegen Faschismus und Rassismus, und das soll sie auch sein. Sie ist überhaupt nicht werteneutral, sie ist eine wertegebundene Einrichtung. Bei der Anhörung ging es von Ihrer Seite immer um die Frage, dass sie werteneutral die Demokratie darstellen soll. – Nein! Sie ist wertegebunden, und genau das ist wichtig. Wenn wir sie infrage stellen, wenn wir ihre inhaltliche Ausrichtung hier so offen diskutieren, haben wir tatsächlich ein Problem. Wenn wir tatsächlich darüber hinauswollen und sagen, dass wir ein Großteil der Universitätsprofessoren dann auch noch parteipolitisch in eine Richtung stellen, wenn wir die Universitäten in der Form auch infrage stellen, haben wir ein Problem. Dann diskutieren wir eine Art und Weise und diskreditieren unsere Demokratie, unsere Einrichtungen, sodass es wirklich zu einem gesellschaftlichen Problem wird, denn die Angriffe auf unsere wichtigsten Einrichtungen, Bildungseinrichtungen passieren tagtäglich. Wir müssen sie schützen, das ist ganz wichtig und ganz zentral, und das tun Sie überhaupt nicht.

Da ist natürlich das Misstrauen, das, was Herr Hopp gesagt, was hierdurch noch verstärkt wird, enorm gefährlich. Das sollte uns bewusst sein. Wenn die Stabsstelle tatsächlich einfach nur eingerichtet wird, um bestimmte Verwaltungsakte einfacher zu machen, dann würde hier kein Mensch etwas diskutieren. Das ist nicht das Problem, nein. Aber das, was Herr Lenz – – und da muss ich ganz ehrlich sagen, das ist dann verlogen. Das finde ich echt ein Problem. Es hat mich auch sehr geärgert, muss ich ganz ehrlich sagen, denn das dürfen wir nicht. Wir dürfen unsere demokratischen Institutionen nicht in der Form diskreditieren.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Damit wären wir jetzt genau bei drei Minuten – danke sehr! – Herr Lenz!

Stephan Lenz (CDU): Na ja, ich fange mal mit Ihnen an, Herr Meyer, weil Sie der Letzte waren, das habe ich jetzt am stärksten noch im Ohr, und versuche dann, das sukzessive abzuarbeiten. Erst einmal gebe ich Ihnen ausdrücklich recht: Es geht darum, dass ich und die Union, dass wir nicht in Gänze mit dem einverstanden sind, was die Landeszentrale macht, wie sie ihren Auftrag erfüllt. Da haben Sie recht. Heißt das jetzt, dass wir uns mit dieser ganzen Debatte über die Stabsstelle dahinter verstecken, was wir eigentlich wollen? – Nein, mitnichten! Ich bin ja Mitglied des Kuratoriums; ich sage das auch gebetsmühlenartig im Kuratorium, auch mit einer gewissen Stoik. Da erlebt man wirklich auch überraschende Sachen. Wir haben eine ganze Sondersitzung durchgeführt über mehrere Stunden, wo ich das dargelegt habe, und

es war ein hartes Stück Arbeit, und nach zwei Stunden lag wenigstens mal das auf dem Tisch, was Sie jetzt zutreffend an die Öffentlichkeit herangetragen haben, wo der Dissens liegt. Jetzt ist ja Dissens erst mal gar kein Problem, nur, da liegt in der Tat der Dissens. Das heißt ja nicht, dass wir nur verschiedener Meinung sind, aber wir sagen, diese Schwerpunktsetzung ist falsch, und im Grunde, dieses starke Hineintragen von identitätspolitischen Anliegen in die Arbeit der Landeszentrale ist falsch. So, und jetzt sagen Sie, da habe ich aber ein Problem mit dem Grundgesetz. – Mitnichten! Sie entwickeln das doch in einer Maßlosigkeit fort. Im Grunde möchte ich nur, dass es so, wie es selbstverständlich war und im Übrigen im restlichen Bundegebiet weiter selbstverständlich ist, auch in Berlin gemacht wird, dass diese Sonderrolle in Berlin korrigiert wird. Das sage ich als Kuratoriumsmitglied.

Dann kann ich ja wechseln: Dann wird ja gesagt, ich wäre nicht zufrieden damit, wie die Fachaufsicht ausgeübt wird. – So, wie ich Fachaufsicht verstehe, ist es natürlich so, dass der Auftrag, der zwar nicht gesetzlich, aber doch – – der ist ja nicht völlig willkürlich festzusetzen. Wenn der Auftrag nicht so, wie er ausgeführt werden sollte, ausgeführt wird, dann ist das ein Grund für die Fachaufsicht, einzuschreiten, was sie nicht tut. Die Fachaufsicht sagt selbst, das könne sie nicht, weil die Landeszentrale unabhängig sei. Nicht einmal der Gutachter der Grünen sagt, dass sie in diesem Sinne unabhängig ist. Das ist sie natürlich nicht, also kann man auch Fachaufsicht ausüben. Wenn die Fachaufsicht das nicht tut, dann bin ich nicht zufrieden, dann bin auch nicht zufrieden mit meiner eigenen Verwaltung. Dann sage ich: Verwaltung, sorge bitte dafür, dass eure Leute, die da im Kuratorium sitzen, auch ihre Arbeit machen! – Da bin ich Parlamentarier. Es ist mir auch egal, wenn das meine Senatorin ist – bin ich nicht zufrieden, gucke ich mir an: Die machen das nicht, müssen sie aber machen, können sie auch machen, es gibt keine rechtlichen Gründe, die dem entgegenstehen, obwohl das behauptet wird.

Dann wird gesagt: Unabhängigkeit, auch inhaltlicher Art. Die Landeszentrale sei mitnichten neutral, ich würde hier Neutralität einfordern. – Ich fordere natürlich keine totale Neutralität ein, insoweit haben wir uns doch da alle eingelesen. Natürlich ist die politische Bildungsarbeit – so haben wir uns in Deutschland das organisiert; andere Länder haben das anders gemacht – in Hinblick auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht neutral. Aber was ist Teil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung? – Ihr Verständnis von Antidiskriminierungsarbeit ist nicht Teil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wenn Sie das in der Form in Deutschland verwirklichen möchten, dann sorgen Sie für politische Mehrheiten!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Lenz! Es sind drei Minuten um.

Stephan Lenz (CDU): Es ist kaum zu machen in drei Minuten. Na gut, dann freue ich mich auf die nächste Runde.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Diese nächste Runde wird es hier und heute nicht mehr geben können. – Aber Herr Freymark ist jetzt an der Reihe, und wir machen hier jetzt weiter; dann kommt noch Herr Krüger.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank! – Herr Meyer! Ich glaube, wenn Sie von Anfang an bei den Debatten dabei gewesen wären, auch im Kuratorium, dann hätten Sie sich vielleicht noch mal überlegt, ob Sie das so sagen. Ich fand das im Grundsatz richtig, das auch so zu identifizieren und anzusprechen, und Sie nehmen vielleicht auch Stimmungen wahr.

Ich kann Ihnen sicher sagen: Am Anfang ging es nur um die Frage: Wofür wird welches Geld ausgegeben? Wie ist das mit der Jahresplanung? Wie ist es mit der Zusammenarbeit? Wer entscheidet über die Broschüre, über den Inhalt? – Sie können es sich nicht vorstellen – Sie sehen so entspannt aus, und das finde ich gut –: Die, die im Kuratorium uns gegenübersaßen, die Kollegen, die vertretungsweise ab und zu dabei sind oder gar nicht, die sagen dann: Ganz schlimm! Das geht nicht! Das kann man nicht fragen! – Herr Lenz stand unter Beschuss; da musste er nur A sagen, da war es schon vorbei, also bei den Linken und Grünen sowieso. – [Zurufe] – Das ist ja der beste Beweis. Ich habe jetzt nicht gesagt, Sie kriegen Lob von der AfD. Ich habe jetzt nicht gesagt, Sie sind der falsche Redner. Das habe ich alles nicht gemacht – Sie sind trotzdem schon durchgedreht, und das ist der Punkt. Wir sprechen einfache Dinge an und versuchen, in die Diskussion zu kommen.

Die Stabsstelle wurde natürlich missbraucht. Sie wurde missbraucht, um den Eindruck zu erwecken, als wenn es undemokratisch sei. Lesen Sie sich den Antrag durch, lesen Sie sich die Petition durch! – Nicht missbraucht von uns! Wir sind die, die Widerspruch üben. Wir sind die, die relativieren müssen. Wir sind die, die einer Frau Lasić erklären müssen, dass wir nicht darüber entscheiden, ob die beiden AfD-Abgeordneten etwas Positives oder Negatives sagen; wir sind diejenigen nicht. Aber dass wir uns in diese Rolle versetzt sehen müssen und zugleich Herr Hopp sehr demokratisch, ausführlich sagt: Oh Gott, wir müssen doch jetzt zusammenhalten! – ich erkenne hier gar keinen Zusammenhalt. Es gibt kein Wohlwollen, es gibt keine Wertschätzung, es gibt ganz viel: Ich will falsch verstehen. – Bei Ihnen habe ich das anders interpretiert. Aber wären Sie von Anfang an in diesen Prozess involviert gewesen, hätten Sie sich für einiges, was Ihre Kollegen gemacht haben, wahrscheinlich entweder bilateral entschuldigt oder hoffentlich intern widersprochen.

Wir sind heute einen Schritt weiter, denn heute wird zumindest nicht mehr behauptet, dass wir dem Faschismus nahestehen. Heute wird auch nicht mehr behauptet, dass die Stabsstelle ein antidemokratischer Vorgang ist. Das ist eine Weiterentwicklung. – [Franziska Brychcy (LINKE): Das sagt der, der den Hitlergruß gezeigt hat! – Weitere Zurufe] – Aber wenn ich Mediator wäre –,

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir hatten vorhin darüber gesprochen, dass wir uns gegenseitig ausreden lassen, und jetzt hat Herr Freymark das Wort.

Danny Freymark (CDU): – dann wüsste ich, dass allein dieses Verhältnis Zeit brauchen wird. Das ist mein letzter Gedanke.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Sie haben noch 40 Sekunden!

Danny Freymark (CDU): Was glauben Sie, wie viele Menschen auf Herrn Lenz, auf mich, auf die Senatorin oder Herrn Staatssekretär persönlich zugekommen sind? – Fast niemand. Einer aus der Zivilgesellschaft ist zu mir gekommen. Es ist keiner aus der Grünenfraktion gekommen; ich habe ein sehr gutes Verhältnis zu vielen Grünen, insbesondere weil man Umweltpolitik macht. Da gibt es ja auch mal ein paar Überschneidungen. Es ist niemand von der SPD-Fraktion gekommen. Ich erlebe dann in solchen Runden: Dann wird sich echauffiert und so weiter, und die Demokratie muss gerettet werden. – Ist persönlich völlig irrelevant, völlig irrelevant, ist nur in der Runde wichtig. Dass Sie dann eine so emotionale Debatte erzeugen und immer wieder erzeugen werden, ist selbstredend. Ich stehe für jede Möglichkeit, dort ge-

meinsame Wege zu finden, zur Verfügung, aber ich weise von uns, dass wir die ganze Zeit so dargestellt werden, als wenn wir diejenigen sind, die die Demokratie beschädigen, und alle anderen sind die Guten, –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Freymark! Sie müssen jetzt bitte auch zum Ende kommen.

Danny Freymark (CDU): – die versuchen, den Eindruck zu erwecken, sie hätten das alles überschaut, und die CDU ist ein bisschen doof.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: So. Ich verlese jetzt die Letzten auf der Rednerliste, und damit schließe ich auch die Rednerliste: Herr Krüger, Herr Weiß, Frau Dr. Lasić, Frau Aydin und Herr Lenz. – Herr Krüger, bitte sehr!

Louis Krüger (GRÜNE): Danke schön! – Ich habe zwei Fragen, und dann würde ich auf das Gutachten eingehen. Einmal wäre für mich die Frage, inwiefern der Erwachsenenbildungsbeirat bisher mit einbezogen wurde, weil die Landeszentrale für politische Bildung im Erwachsenenbildungsgesetz steht und der Erwachsenenbildungsbeirat bei allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Erwachsenenbildung mit anzuhören ist. Deswegen die Frage: Ist das da geplant, wann soll das passieren? – Ähnlich stellt sich zum Landesjugendhilfeausschuss die Frage, warum die Gremien nicht einbezogen wurden.

Dann habe ich noch eine zweite Frage, die wahrscheinlich am besten Herr Liecke und Frau Günther-Wünsch beantworten können, die ich am Montag schon im Kulturausschuss gestellt habe. In der ersten Organisationsverfügung stand bei den Aufgaben der Stabsstelle auch die Steuerung des Projektfonds Kulturelle Bildung. Der liegt ja in der Kulturverwaltung und nicht in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Deswegen die Frage: Ist das weiterhin aktuell oder nicht? – Herr Liecke schüttelt schon den Kopf. Insofern gehe ich davon aus, dass der Projektfonds Kulturelle Bildung nichts mit der Stabsstelle zu tun haben wird.

Zum Gutachten: Es gibt ein Rechtsgutachten. Ich muss mal gucken, wie ich das irgendwie öffentlich mache. Es ist auf jeden Fall nicht geheim. Da steht natürlich nicht drin, dass die Stabsstelle rechtswidrig ist, weil ich der Senatsverwaltung zutraue, dass sie keine Stabsstelle einrichtet, die rechtswidrig ist. Es steht aber etwas anderes drin – da kann ich schnell einmal die Zusammenfassung vorlesen –, und das ist das Entscheidende, was ich auch immer im Kuratorium thematisiere:

> „Die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung lassen sich in folgenden knappen Leitsätzen zusammenfassen:
>
> Die Arbeit der Zentralen für politische Bildung unterliegt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der Bindung an den Grundsatz der Überparteilichkeit.
>
> Das Land Berlin hat durch die gesetzlichen Regelungen [z]um Erwachsenenbildungsgesetz eine vorbildliche rechtliche Grundlage für die Arbeit und die Organisation der Landeszentrale für politische Bildung geschaffen und dort auch den Grundsatz der Überparteilichkeit als Vorgabe verankert.

> Zudem wurde das überparteiliche Kuratorium zum ‚Wächter' über die Wahrung dieser Ausrichtung bestimmt. …
>
> Das zuständige Senatsmitglied ist bei der Ausübung der Fachaufsicht ebenfalls zur Beachtung des Grundsatzes … verpflichtet.
>
> Die Organisationsverfügung … ist mit dem Grundsatz nicht unvereinbar. Ihre Vorgaben für die stärkere Verknüpfung der Arbeit der Landeszentrale mit anderen Arbeitsfeldern birgt aber gewisse Gefahren für eine geringere Aufmerksamkeit gegenüber dem Grundsatz der Unparteilichkeit in sich.
>
> Es erscheint deshalb sinnvoll, auf die Beachtung des Grundsatzes … in der Verfügung hinzuweisen und zudem zu veranlassen, dass fachliche Weisungen gegenüber der Leitung der Landeszentrale dem Kuratorium bekanntgegeben werden, damit es sein Wächteramt effektiv ausüben kann."

Das ist genau die Frage, die ich immer wieder im Kuratorium gestellt habe: Wie sollen wir als Kuratorium, das als Wächter der Überparteilichkeit eingesetzt ist, Überparteilichkeit gewährleisten, wenn es eine Stabsstelle innerhalb der Senatsverwaltung gibt, die an dem Kuratorium vorbei Weisungen gibt?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Das sind jetzt genau die drei Minuten.

Louis Krüger (GRÜNE): Genau. – Aber das ist die entscheidende Essenz aus dem Gutachten. Deswegen stärkt es unsere Position – weil es genau diese ungeklärte Frage und das Spannungsverhältnis anspricht.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Weiß, bitte sehr!

Thorsten Weiß (AfD): Ich mache es ganz kurz: Ich möchte ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt beantragen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Das geht nur im Einvernehmen. – Gut, dann wird das so mit aufgenommen. – Herr Weiß! Dann sind Sie fertig. – Frau Dr. Lasić!

Dr. Maja Lasić (SPD): Okay! – Herr Freymark! Weil Sie uns mehrfach direkt adressiert haben, habe ich mich gezwungen gesehen, mich noch einmal zu melden. Es gibt zu allem eine Vorgeschichte, und nur weil Sie Ihren Teil der Vorgeschichte erzählen, heißt das nicht, dass es den Rest nicht gibt. Deswegen erzähle ich jetzt unseren Teil der Vorgeschichte. Dazu gehört, dass wir, zum Beispiel bei den letzten Haushaltsverhandlungen, darum gebeten haben, dass wir kollegial, im Sinne der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit die Landeszentrale stärken, und dass wir gesagt haben, dass wir SPD-seitig bereit sind, Gelder zu suchen, um dies zu ermöglichen. Wir haben die CDU gebeten, dies zu tun, und Sie haben sich geweigert und in dem Sinne sozusagen auch beschlossen: Die Landeszentrale kriegt von uns kein Geld! – Das haben Sie auch mehrfach im Kuratorium bestätigt. Das heißt, den Konsens, den wir zu Beginn zelebriert haben im Sinne von: Wir stärken den zweiten Standort –, haben Sie aber sehr frühzeitig in dieser Koalition schon angefangen zu erodieren, indem Sie sich nicht bereit

erklärt haben, genau den Schwerpunkt, den Sie immer wieder thematisch nach vorne bringen, nämlich aufsuchende Bildungsarbeit in der Breite, mit Geld zu unterfüttern.

Und dann kam stückweise die immer weiter hochkochende Eskalation am Rande des Kuratoriums, gar nicht so sehr im Kuratorium selbst. Ein Beispiel: Ich gehe in eine Kuratoriumssitzung und werde danach von der Presse angerufen, und diese Presse ist komplett von Ihnen gebrieft, das heißt, die ist vorbereitet und unterfüttert mit Meldungen, die ganz klar die Souveränität der Landeszentrale angreifen – all die Punkte, die jetzt teilweise genannt wurden. Das heißt, Sie können gar nicht sagen, Sie sind ganz nett in das Kuratorium gegangen und wollten diskutieren. – Nein! Mit einer politischen Agenda verfolgen Sie seit einem Jahr eine Verschiebung und machen Öffentlichkeitsarbeit dazu in verschiedensten Konstellationen, und wir halten dagegen. Das heißt, wir haben mindestens jeden Monat eine Berichterstattung, bei der irgendjemand von Ihnen schon ein Briefing der Presse vorgenommen hat. Das gibt es alles schwarz auf weiß. Uns danach zu kritisieren, dass auch wir uns da positionieren, das sehe ich überhaupt nicht ein; das gehört zum Geschäft dazu. Wir adressieren immer wieder Gesprächsbedarf, zum Beispiel dort, wo er hingehört, nämlich im Jour fixe mit SenBJF. Dort sitzen Sie gar nicht, Herr Freymark! – [Stephan Lenz (CDU): Dann laden Sie uns doch mal ein!] – Fragen Sie Ihre Senatorin – sollen Sie doch mal eingeladen werden! Dort sitzen diejenigen, die wissen, was der Beutelsbacher Konsens ist. Wenn wir dort sprechen, haben wir frühzeitig gesagt: Wir werden bei der Errichtung der Stabsstelle – – Und dezidiert: Wir haben uns nicht grundsätzlich gegen die Errichtung der Stabsstelle gestellt – das obliegt der Senatsverwaltung –, haben aber gesagt, wir werden an der Schnittstelle zur Landeszentrale große Probleme haben. Macht es nicht, ohne dass wir vorher inhaltlich gesprochen haben! – Das nächste Mal haben wir davon gehört, als bereits die Pressekonferenz seitens der Senatsverwaltung stattgefunden hat, in der schon bestimmte Träger diskreditiert wurden und es in der Öffentlichkeit war. Das heißt, die Eskalation, lieber Herr Freymark, ist nachweislich – und in der Presse ausgetragen – immer wieder erst von der CDU vorangetrieben worden im Sinne einer politischen Schärfung, und wir halten dagegen und werden das auch zukünftig tun.

Der letzte Punkt: Ihr netter Versuch, Herrn Meyer gegen uns auszuspielen, geht völlig im Wasser auf. Ich habe niemanden innerhalb der SPD vernommen, der anders fühlen oder argumentieren würde, als wir es an dieser Stelle kommunizieren. Das ist ein echter Dissens innerhalb der Koalition.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Aydin, bitte sehr!

Sevim Aydin (SPD): Bei uns ist es wirklich unüblich, dass alle Abgeordneten das Wort ergreifen, aber ich konnte mich jetzt auch nicht mehr halten. – Herr Freymark! Ich habe Sie auch im Plenum gehört, und dann kamen Sie auch mit Herrn Hammerbacher. Einerseits wird hier erzählt: Wir wollen Neutralität. – Da frage ich mich, wenn Sie neutral agieren wollen: Warum wollen Sie dann unbedingt mit Hammerbacher kommen? – [Danny Freymark (CDU): Ich kenne den nicht!] – Okay, dann erkundigen Sie sich! Wenn Sie mehr wissen wollen, bin ich mir sicher, dass Sie dazu noch viel finden werden, zum Beispiel DEVI; das war eine große Diskussion, auch hier im Parlament. Mehr will ich dazu auch nicht sagen. Erkundigen Sie sich ruhig!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Lenz, bitte sehr – abschließend!

Stephan Lenz (CDU): Ich versuche, mich kurzzufassen, damit wir da auch zum Ende kommen. – Zunächst zu Frau Lasić: Frau Lasić! Auch durch Wiederholung wird es nicht besser. Es ist mitnichten so, dass wir in das Kuratorium gekommen sind und dort angefangen haben, eine Agenda abzuarbeiten. Ich meine, es betrifft jetzt auch mich. Ich bin dahin gekommen und dachte, ich habe hier mal eine weiche Mitgliedschaft; ich bin Innenpolitiker, ich dachte, ich sitze hier und freue mich, dass wir hier Konsensthemen abarbeiten. Ich war total überrascht. Ich habe angefangen, Fragen zu stellen, und die Fragen wurden in einer Form beantwortet, das hätte ich mir nicht vorstellen können. Wenn mir das Dritte erzählt hätten, dann hätte ich gesagt: Jetzt übertreibt mal nicht so! – Aber ich habe es selbst erlebt. Das war dann Frage um Frage bis hin zur Sondersitzung. Die Fragen werden eher mehr als weniger. Es ist deswegen so Aufregung hereingekommen – Entschuldigung, das muss ich in der Härte sagen! –, weil man sich nach meinem Eindruck erwischt gefühlt hat. Man hat da sozusagen im Dunkeln agiert, und plötzlich wurde offengelegt, was da läuft. So kann es nicht bleiben.

Ich wollte auch unbedingt mal sagen: Wenn die AfD von der Seite hereinruft: Finden wir auch! –, dass man dann sofort alles aus Angst, die AfD stimmt einem zu, zurückziehen muss – bitte, Frau Lasić, das sollten Sie nicht machen, das ist wirklich Ihrer unwürdig. – [Dr. Maja Lasić (SPD): Das entscheide ich!] – Das entscheiden natürlich Sie, was Sie machen, natürlich, aber ich kann es kommentieren.

Zu Herrn Krüger; da geht es noch mal um Ihr Gutachten. Ich freue mich schon darauf, dass wir das bekommen. Sie haben es mehrfach erwähnt und eben noch einmal vorgetragen, dass dort die Rede ist von einer starke Rolle des Kuratoriums, dass wir ein Wächteramt innehaben und im Rahmen dieses Wächteramts die Arbeit begleiten. – Ja, das würde ich mir total wünschen. – [Louis Krüger (GRÜNE): Überparteilichkeit!] – Ja, Überparteilichkeit. Überparteilichkeit heißt eben nicht, Indoktrination zu vollziehen. Wenn dort der Verdacht im Raum steht, dass man hier im Grunde die Grenzen der Überparteilichkeit überschreitet, dann müssen wir als Kuratorium sagen: Stopp, so geht das nicht! – [Zuruf von Dr. Maja Lasić (SPD)] –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Noch mal: Herr Lenz hat das Wort – und es läuft die letzte Minute.

Stephan Lenz (CDU): Okay. – Ich nehme das wahr. Wir haben die Kriterien. Noch mal: Die Landeszentrale kann ja nicht einfach machen, was sie will; und wenn sie das tut, müssen wir etwas machen. Ich kann mich an die Bildungsverwaltung wenden und kann sagen: Macht eure Fachaufsicht! – Ich kann selbst kritisieren im Rahmen meines Wächteramts. Wenn ich Kriterien haben, muss ich die Arbeit der Landeszentrale angucken. Das haben wir gemacht. Wir haben diese Listen stoisch vorgetragen. Noch mal: Da jagt ein Highlight das andere. Ich kann nur dafür werben – hier im Abgeordnetenhaus steht ein Ständer mit Broschüren –: Gucken Sie sich die Broschüren an! Ich reiche die gerne weiter. Deswegen haben sie auch einen hohen Verbreitungsgrad, glaube ich. Die Leute sagen alle: Das glaube ich ja gar nicht, was man da sieht!

Dann ist angegriffen worden – ich weiß gar nicht mehr, von wem –, unser Antrag wäre nicht mit dem in Überstimmung zu bringen, was wir hier sagen. – Das stimmt nicht.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Lenz! Auch Sie müssten jetzt zum Ende kommen.

Stephan Lenz (CDU): Wir sind grundsätzlich dafür, dass die Landeszentrale ihre Arbeit gut macht, und dafür braucht sie Verbreitung. Natürlich ist aufsuchende politische Bildungsarbeit richtig. Sie müssen nur das Richtige machen – möglichst viele erreichen, aber dann auch das machen, was ihre Aufgabe ist. Im Moment ist das nicht so, und deswegen sind wir dabei, das zu ändern – ich nicht als Stabsstelle, sondern ich als Mitglied des Kuratoriums im Rahmen meines Wächteramts. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Immer, wenn man auf bilaterale Zwischenrufe eingeht, ist es schwierig mit der Redezeitbegrenzung. Deshalb hat jetzt der Senat das Wort. – Frau Senatorin Günther-Wünsch, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Abgeordnete! – [Unruhe] – Jetzt würde ich gerne mal den Kollegen Hopp zitieren: Ein wenig Miteinander und ein wenig Kultur auch beim Debattieren hätte in der letzten Stunde an der einen oder anderen Stelle notgetan. – [Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Das steht Ihnen nicht zu!] – Ich habe es allgemein ausgesprochen, Frau Burkert-Eulitz, und auch ich bin in der letzten Stunde mehrmals direkt angesprochen worden. Darauf habe ich ein allgemeines Statement zurückgegeben. Ich denke schon, dass mir das zusteht.

Ich bin jetzt ganz oft gefragt worden, was ich eigentlich unter „Wildwuchs“ verstehe, wie die Fachaufsicht ausgeübt werden kann. Zwei Dinge würde ich dazu gerne ausführen. Zum einen habe ich die zwei Workshops, die ich im Plenum zitiert habe, mitnichten gewertet, Frau Brychcy! – [Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Doch!] – Das meine ich übrigens mit einer Kultur des Miteinanderdebattierens und Ausredenlassens. Ich habe gesagt, dass die Frage berechtigt und erlaubt sein muss: Wie erfolgt die Auswahl der Workshops? – Sie, unterschiedliche Fraktionen, haben jetzt mehrmals den Workshop „Siebdruck und (kritische) Männlichkeit“ herausgezogen. Die Übernachfrage bedeutet übrigens 17 Anmeldungen auf 15 Plätze. Die Frage, die ich gestellt habe, ist: Wie kam es zur Auswahl des Workshops? – Dieser Übernachfrage würde ich gerne einen Workshop zum Rechtsextremismus und Linksextremismus gegenüberstellen; kann ich aber nicht, weil es das nicht gibt. Ich sage Ihnen, meine Vermutung ist, dass sich das Zahlenverhältnis anders darstellen würde. Um das entweder zu widerlegen oder zu bestätigen, müsste es klare Kriterien geben, und die gibt es momentan nicht. Das ist die einzige Frage, die ich gestellt habe: Auf welcher Grundlage und mithilfe welcher Kriterien erfolgt die Auswahl der Workshops? – Wenn Sie, und das ist das, was Herr Freymark und Herr Lenz mehrmals gesagt haben, allein die Tatsache, dass ich diese Frage stelle, als undemokratisch, diskriminierend, rassistisch interpretieren, dann haben wir ein Problem, denn das ist keine pluralistische und demokratische Gesellschaft, wenn ich diese Frage als zuständige Senatorin in der Rolle meiner Fachaufsicht nicht stellen darf; dann haben wir ein Problem. Ich muss diese Frage stellen dürfen, denn jeder einzelne Workshop ist mit Steuergeldern finanziert. Ich muss dem Ganzen Rechnung tragen und sagen: Das hat Hand und Fuß. – Ich habe es vorhin am Beispiel der Jugendhilfe gemacht; da hat es Hand und Fuß. Dort gibt es eine Bundesgesetzgebung und eine Landesgesetzgebung, da gibt es Kriterien, und diese muss ich ganz klar belegen. Die gibt es hier nicht. Und nein, Frau Brychcy, ich habe keine fertige Antwort, wie das aussehen soll, dass es die gibt, aber das muss mal debattiert und besprochen werden. Allein, dass ich die Frage stelle, ist weder undemokratisch noch diskriminierend noch rassistisch. Es ist eine Frage, eine ganz einfache qualitative Frage, auf die ich eine Antwort haben möchte.

Genauso sah es beim zweiten Workshop aus. Ich habe bis heute übrigens keine Antwort, weder aus dem Kuratorium noch aus der Verwaltung. Herr Raiser sitzt dort, und ich sage es ihm auch direkt: Ich sage mitnichten, dass Sie eine schlechte Arbeit machen, aber ich möchte gerne, dass wir Ihre Arbeit präzisieren und dass wir diese Kriterien hinterlegen. Sie können darauf auch gerne selbst antworten, ob Sie das in der Rolle Ihrer Fachaufsicht als undemokratisch, diskriminierend oder rassistisch meinerseits empfinden. Ich stelle mich dieser Debatte; das ist gar kein Problem. Ich habe nie gesagt, dass Herr Raiser eine schlechte Arbeit macht. – [Zuruf von Louis Krüger (GRÜNE)] – Nein, aber das führen Sie in den Raum hier, Herr Krüger und Frau Burkert-Eulitz!

Frau Brychcy! Sie haben gesagt, und das ist nämlich die Debatte, die wir hier führen, auch innerhalb des – – – [Zuruf von Dr. Maja Lasić (SPD)] – Ich würde gerne zu Ende sprechen. – Das ist die Debatte, die wir im Kuratorium führen. Aus meiner Sicht machen diese Träger eine gute Arbeit. Es geht aber nicht um die Sicht der einzelnen Kuratoriumsmitglieder, und auf dieser Grundlage sollte auch keine Jahresplanung im Sinne einer politischen Bildung für das gesamte Land Berlin erfolgen, sondern wir brauchen dafür Standards und Kriterien, und die hätte ich gern. – Das war Ihre Aussage gerade; wir bekommen ja ein Wortprotokoll. – [Zuruf von Franziska Brychcy (LINKE)] –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich bitte, die Senatorin jetzt ausreden zu lassen.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Ich widerspreche dem auch vehement, dass Sie suggerieren, dass ich mit den Fragen, die ich stelle, die Arbeit der Landeszentrale infrage gestellt habe. Ich möchte einfach nur ganz klare Kriterien und Standards haben, so, wie es in allen anderen 15 Bundesländern auch der Fall ist. Es ist – Sie haben es heute alle durch die Bank mehrmals gesagt – gerade in Zeiten, wo wir starke Randbewegungen im politischen Feld und in unserer Gesellschaft haben, ganz selbstverständlich, dass wir auch mal ganz hart darüber debattieren: Was sind die Bedarfe und Kriterien, anhand derer politische Bildung erfolgen soll? – Wenn das nicht mehr erlaubt ist, wenn diese Fragen nicht mehr zulässig sind, dann, glaube ich, hat die Demokratie wirklich ein Problem.

Das hat nichts mit einer Fachaufsicht zu tun, Herr Krüger! Ich habe übrigens der zuständigen Fachaufsicht nur eine Frage gestellt. Ich möchte darauf auch nur eine Antwort haben. Wenn Sie mir darlegen können, wie ich da die Fachaufsicht beeinflusse oder wie ich mit solchen Fragen Einfluss nehme auf die Ausgestaltung der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, dann höre ich mir auch gerne die Antworten an; ich sehe sie aber nicht. – Das wäre einfach das, was ich gerne zurückgeben möchte.

Und dann: Frau Aydin ist leider weg; das finde ich jetzt sehr bedauerlich. Frau Aydin sprach gerade Herrn Hammerbacher, DEVI und die DEVI-Studie an. Die haben wir ja 2021 und 2022 intensiv debattiert. Mich würde – dann schaue ich noch mal ganz gezielt zur SPD hinüber – interessieren, wie auch Frau Aydin dazu steht, dass diese Studie von Herrn Hammerbacher und von DEVI im Bezirk Neukölln vom Bezirksbürgermeister und dem aktuellen Landesvorsitzenden der SPD sehr unterstützt wurde und deren Ergebnisse und die Ausweitung dieser Studie befürwortet wurden. Da komme ich so ein Stück weit ins Zweifeln. Mir ist unterstellt worden, ich würde diskreditieren. Ich habe Fragen gestellt bisher. Diskreditierung hat gerade nur auf einer Seite hinsichtlich eines Trägers stattgefunden, der übrigens vom Lan-

desvorsitzenden der SPD und Bezirksbürgermeister Neuköllns Herrn Hikel sehr deutlich anders bewertet wurde.

Zum Erwachsenenbildungsbeirat: Der hat dieses Thema und die Stabsstelle morgen auf der Tagesordnung, hat mir Herr Raiser gerade gesagt. Da würde mich im Umkehrschluss zum Beispiel auch interessieren, wie der Erwachsenenbildungsbeirat eingebunden ist in die Erstellung der Jahresplanung – das sind ja alles keine Einbahnstraßen; so ein Austausch funktioniert ja bilateral – und wie solche Sachen funktionieren.

Dann, Herr Krüger, finde ich es spannend – das ist hier auch einmal deutlich geworden; ich habe es im Kuratorium gesagt, aber Sie haben es gerade öffentlich gemacht, dann kann ich es hier auch noch einmal aussprechen –, dass Ihnen die erste und zweite Fassung für die Stabsstelle bekannt sind. Noch einmal: Diese Dokumente sind vertraulich, sind noch im Partizipationsverfahren und dürften Ihnen mitnichten bekannt sein. – Es wird immer wieder gefragt, warum die Stabsstelle mit vertrauten Personen besetzt werden muss – weil es ein Thema ist, das – Sie merken das ja selbst – eng debattiert wird. Politische Bildung – wir haben es gerade gehört, Herr Hopp hat es mehrmals gesagt – ist mitnichten wertefrei. Es ist eine werteorientierte Debatte, die wir führen. Selbstverständlich muss man dann auch Gespräche und Debatten führen, die vertrauensvoll sind. Vertrauen hat aber nichts mit Einflussnahme zu tun. Ich glaube, das haben wir heute schon mehrmals gehört. – Noch einmal: Es ist auch nicht unüblich, dass solche Positionen dementsprechend besetzt werden. Ich finde es bedauerlich, dass die Diskreditierung einzelner Träger und Vereine hier im Bildungsausschuss stattfindet; ich möchte mich dem auch nicht anschließen. Ich habe auch deutlich gemacht, dass die Fachaufsicht überhaupt nicht anders gehandhabt wird, überhaupt nicht irgendeiner Einflussnahme untersteht. Wir haben jetzt mehrmals deutlich gesagt, dass die Stabsstelle nicht mitzeichnungspflichtig ist und dass es dem Ganzen auch nicht unterliegt. Wir haben heute, glaube ich, ganz deutlich gemacht, wo des Pudels Kern liegt und worüber hier debattiert wird. Ich bin gespannt, wie der Bildungsausschuss weiter hier verfahren möchte.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Staatssekretär Liecke, bitte sehr!

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF): Frau Vorsitzende! Mehr sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch ein, zwei Punkte ergänzen, die auch gefragt wurden. In meinen 34 Jahren Berliner Verwaltung ist es schon ein recht einmaliger Vorgang, dass eine Verwaltungsverfügung im internen Beteiligungsprozess der Beschäftigtenvertretungen durchgestochen wird und hier, ich sage mal, völlig hemmungslos in Gremien hochgehalten wird, ohne dass das ein abgeschlossener Vorgang ist. So etwas habe ich in meinen ganzen 34 Jahren noch nicht erlebt. Und dass ein Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses diese Verfügung hochhält, mir vor die Nase, und mir erklärt, was da drinstehen soll, in welcher Fassung, ist wirklich eine Respektlosigkeit allererster Güte, und zwar nicht vor mir, ich persönlich kann damit umgehen, aber vor den Gremien, die beteiligt sind: die Schwerbehindertenvertretung, die Frauenvertretung und der Personalrat. Das sind übrigens alles Gremien, die Sie immer sehr hochhalten, die Sie als sehr wichtig betrachten. Das sind sie auch, sie haben auch eine wichtige Funktion, aber das wird komplett diskreditiert. Das finde ich wirklich sehr bedauerlich. Und dass Personalien, Einzelpersonalvorgänge – das sind strafrechtsrelevante Informationen, nämlich ein Verstoß gegen das Datenschutzgesetz – in der Öffentlichkeit diskutiert werden und das durchgestochen wird, ist für mich genauso unfassbar. Ich finde das gegenüber den Menschen, ohne dass ich Ihnen jetzt zu einzelnen Person irgendetwas sagen würde, völlig

inakzeptabel. – So viel nur zum Thema Organisationsverfügung, die noch nicht final beteiligt ist und damit auch noch nicht final vorliegt.

Herr Krüger! Wenn Sie schon aus Papieren lesen, dann müssen Sie mal richtig lesen, denn da steht nichts, in keiner Version, die es jemals gab, irgendetwas vom Projektfonds Kulturelle Bildung. – Also Entschuldigung! Ich weiß ja nicht, welche Version Sie haben; vielleicht müssten wir die mal abgleichen.

Die Jugenddemokratieförderung wurde angesprochen – und die Stabsstelle. Offensichtlich haben weder Sie noch die Initiatoren der Petition überhaupt verstanden, worum es geht. Es hat offensichtlich hier noch niemand verstanden, worum es geht. Es geht darum, dass wir in unterschiedlichen Politikfeldern im Bereich der politischen Bildung, im Bereich der Jugenddemokratieförderung und auch im Bereich der Landeszentrale eine Abstimmung, eine Koordination benötigen, was völlig legitim ist gegenüber Verwaltung und politischer Leitung. Wir müssen eine Koordination vornehmen, um unsere Mittel, die naturgemäß begrenzt sind, so effizient und effektiv einzusetzen, dass sie eine größtmögliche Wirkung entfalten. Ich glaube, das können wir hier alle unterstreichen, dass es notwendig ist, übrigens auch im Zusammenspiel mit anderen Senatsverwaltungen. Wir haben millionenschwere Förderprojekte bei SenKultGZ, bei SenASGIVA und bei der Landeskommission gegen Gewalt. Wir haben millionenschwere Förderprojekte in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen im Bereich Gemeinschaftsinitiative und Quartiersmanagement. In vielen Bereichen passiert oft das Gleiche, oder es kommt zu Dopplungen. In der interministeriellen Kooperation, was völlig normal und auch notwendig ist, einen Austausch zu pflegen, der systematisiert und strukturiert ist, ist unser Job. Das müssen wir als Senatsverwaltungen machen, um uns gut abzustimmen, damit wir eine große Effizienz auf die Straße bekommen und unsere knappen Mittel, die wir haben, bestmöglich einsetzen. Dafür soll die Stabsstelle auch einen Beitrag leisten – nicht mehr und nicht weniger.

Das hat nichts mit parteipolitischer Einflussnahme oder mit Parteilichkeit und so weiter zu tun, sondern das sind Vorgänge, die in Zeiten knapper werdender Ressourcen schlichtweg notwendig sind. Das ist die Aufgabe einer Landesregierung, und dieser Aufgabe wollen wir nachkommen und unterliegen dabei der Kontrolle des Hohen Hauses hier und in meinem Bereich, was die Abteilung III angeht, auch des Landesjugendhilfeausschusses, weil der gesetzlich verankert und legitimiert ist; das ist doch völlig klar. Wenn der Beteiligungsprozess abgeschlossen ist, dann werden wir auch im Landesjugendhilfeausschuss und in allen Gremien, die darüber sprechen wollen, Auskunft geben und erklären, wie im Einzelnen die Ausgestaltung erfolgen soll. Denn auch das ist ein Prozess. Sie wissen doch, wie Regierungsarbeit funktioniert; Sie waren selbst eine Weile dabei. Sie können nichts Fertiges aus dem Schrank nehmen, was völlig, bis ins Letzte durchgefeilt ist, um dann einfach umzusetzen. Dinge, gerade in diesen Feldern, sind Prozesse, die sich entwickeln müssen, an denen wir gemeinsam arbeiten, bei denen wir uns mit anderen abstimmen müssen, bei denen wir uns mit Ihnen abstimmen müssen. Das ist doch völlig normal. Genau das wird auch passieren. Nur, dazu brauchen wir dann irgendwann einmal eine Struktur und die Einsetzung, damit wir mal ins Arbeiten kommen. – Das ist das, was ich Ihnen dazu sagen kann, was ich Ihnen auch als Versprechen geben kann, dass wir das selbstverständlich tun, weil das normale Regierungsarbeit ist. Das habe ich so in meinen ganzen Jahren, auch in politischer Verantwortung, nie anders gehandhabt – nie. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann kommen wir nun zu Punkt 3 a, zu der Abstimmung des Antrags – – Herr Dr. Raiser, Entschuldigung! – Ja, Herr Dr. Raiser, selbstverständlich!

Dr. Ulrich Raiser (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren! Nur weil jetzt die Fachaufsicht, deren Leitung ich innehabe, mehrfach angesprochen wurde, möchte ich vielleicht noch ganz kurz Stellung nehmen. Ich habe die Senatorin auch um Erlaubnis gebeten; die hat sie mir gewährt. Ich gehe davon aus, dass die Senatorin und der Staatssekretär Vertrauen in unsere Arbeit haben. Ich habe bisher nichts anderes gehört und nichts anderes verstanden. Da mir nichts anderes übermittelt wurde, muss ich davon ausgehen. Ich glaube, dass wir in einem guten Einvernehmen darüber sind. Insofern sehe ich mich hier von meiner Hausleitung zumindest nicht infrage gestellt. Das ist erst mal für mich wichtig festzustellen, weil ansonsten so der Eindruck in der Öffentlichkeit bleibt, hier gäbe es vielleicht irgendwie – weiß ich auch nicht, keine Ahnung – unterschiedliche Auffassungen oder so.

Was tatsächlich der Fall ist, ist: Die Aufgabe einer Fachaufsicht ist im Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz des Landes Berlin geregelt. Sie, die Fachaufsicht, hat im Wesentlichen die Aufgabe, den verwaltungsmäßigen Vollzug einer nachgeordneten Behörde zu kontrollieren, zu überprüfen und einzugreifen, wenn dieser nicht gewährleistet ist. Das ist die Art und Weise, wie die Fachaufsicht nach dem Gesetz verstanden wird und verstanden werden muss. Das ist etwas anderes, als inhaltlich Einfluss zu nehmen. Deswegen habe ich auch im Kuratorium – das wiederhole ich auch gerne hier noch mal – bisher die Aufgabe der Fachaufsicht in Respekt vor der Überparteilichkeit der Landeszentrale so verstanden, auf die inhaltliche Gestaltung der Landeszentrale keinen Einfluss zu nehmen, insofern, als dass wir keine Vorschriften darüber machen, was die Landeszentrale für Programme umzusetzen hat. Das heißt aber nicht, dass wir nicht über Kriterien sprechen. Das heißt auch nicht, dass wir nicht über Grundsätze von Ausschreibungen sprechen. Denn wir halten uns an die Landeshaushaltsordnung. In der Landeshaushaltsordnung ist sehr genau dargelegt, wie Zuwendungen auszureichen sind.

Die Fragen, die die Senatorin gestellt hat, sind mehr als legitim. Ich glaube, es ist ihre Aufgabe als Senatorin, diese Fragen an ihre Abteilungen zu stellen. Das muss sie tun, und sie hat jedes Recht der Welt. Das ist auch überhaupt nicht undemokratisch oder so was; ich weiß gar nicht, ob der Vorwurf im Raum stand, aber wenn, dann kann ich nur sagen: Das ist ein völlig normaler Verwaltungsvorgang. Fragen der Hausleitung in diese Richtung sind völlig legitim und sollen beantwortet werden. Das mache ich dann gerne erst mal intern. Wir befinden uns in einem Dialogprozess mit unserer Hausleitung darüber, wie Kriterien vielleicht noch schärfer formuliert werden könnten, wie vielleicht auch noch mal eine Zielschärfung für die Arbeit der Landeszentrale erfolgen kann. Darüber wird es demnächst Gespräche geben. Darüber bin ich sehr erfreut, dass wir in so einen fachlich-inhaltlichen Austausch einsteigen. Ich denke, ich spreche da auch im Namen von Herrn Gill, der heute im Urlaub ist; sonst hätte er vielleicht auch hier teilgenommen. Über die inhaltliche Ausrichtung der Landeszentrale mit dem zuständigen Haus zu sprechen, ist ein völlig normaler und richtiger Vorgang, und das muss passieren.

Was das jetzt für die Stabsstelle bedeutet, kann ich Ihnen nicht sagen. Dazu kann ich nichts sagen, weil ich im Moment nicht weiß, an welchem Punkt die Organisationsverfügung der Stabsstelle ist. Insofern: Dazu ist, glaube ich, von der Hausleitung alles gesagt worden. Aber was ich hier nur noch mal deutlich machen wollte: wie die Fachaufsicht zu sehen ist; dass ich

glaube, dass wir die Aufgabe der Fachaufsicht bisher in der Art und Weise wahrgenommen haben, wie sie wahrzunehmen ist. Wenn es eine andere Erwartungshaltung an unsere Arbeit gibt, dann nehmen wir die natürlich wahr, dann stellen wir uns dem auch, und dann treten wir ein in einen Dialog; der wird demnächst erfolgen. Insofern ist das, glaube ich, nichts, was jetzt ehrenrührig oder so etwas wäre. Mir war nur wichtig, das hier transparent zu machen, damit Sie wissen, wie das bei uns im Haus erfolgt. Es gibt hier keinen Dissens zwischen meiner Leitung und der Fachaufsicht oder der Senatorin und mir an dieser Stelle.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Dr. Raiser! – Zu Punkt 3 a kommen wir nun zu der Abstimmung des Antrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD auf der Drucksache 19/1620. Wer dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das ist niemand. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Der Antrag wurde angenommen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Wir kommen zu Punkt 3 b: Den Besprechungspunkt schließen wir ab.

Wir kommen zu Punkt 3 c: Nun kommen wir zur Abstimmung. – [Zuruf: Herr Krüger meldet sich!] – Herr Krüger!

Louis Krüger (GRÜNE): Ehrlicherweise glaube ich nicht, dass wir nach der Debatte den Besprechungspunkt abschließen können – so viele Fragezeichen, was die Stabsstelle, was aber auch die Landeszentrale und die politische Bildungsarbeit insgesamt angeht. Wir müssen über Standards sprechen, wir müssen anscheinend noch mal über das Verhältnis der verschiedenen Akteure der politischen Bildung sprechen, und wir haben auch eine Reihe von Fragen gestellt, die nicht beantwortet wurden; die können wir auch gern noch mal schriftlich nachreichen. Für uns ist dieser Punkt noch nicht abgeschlossen; wir würden den noch mal aufrufen in einer späteren Sitzung des Bildungsausschusses.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dass es weiteren Gesprächsbedarf gibt, nehmen wir, glaube ich, alle wahr. Wir haben natürlich die entsprechenden Anträge. Jeder Fraktion steht es zu, das noch mal als Besprechungspunkt anzumelden. – Die Senatorin sagt gerade zu Recht, dass es gut wäre, mit dem Blick auf das, was Herr Dr. Raiser gerade gesagt hat, dass es einen individuellen Ablaufplan gibt und Gespräche geben wird, dass wir dann zu gegebener Zeit das auf jeden Fall später noch einmal aufrufen werden. Hier ist es ja eine Kombination auch aus Ihren Anträgen. Die Frage ist jetzt, ob man das jetzt nicht abschließt und trotzdem ein weiterer Besprechungspunkt zu gegebener Zeit, wenn die Senatorin gerade gesagt hat: Dezember, Januar –, damit einfach Klarheit, größere Klarheit herrscht, noch mal angemeldet werden kann. Denn die Anhörung haben wir jetzt auch ausgewertet. – Frau Wojahn!

Tonka Wojahn (GRÜNE): Wir sehen eben nicht, dass die Auswertung dieses Punkts abgeschlossen ist. Deswegen beantragen wir die Vertagung des Besprechungspunkts und nicht der Anträge.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Usik, bitte sehr!

Lilia Usik (CDU): Wenn da noch die offenen Punkte bleiben, vielleicht lässt sich das Ganze in der Sprechrunde klären. – [Zuruf von den GRÜNEN: Nein!] –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: So, wir vertagen. Es wird nicht abgeschlossen und wird dann entsprechend wieder aufgerufen, wenn es so weit ist.

Dann kommen wir zu Punkt 3 c, zur Abstimmung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der Drucksache 19/1905. Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Linksfraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Damit kann es keine Enthaltungen geben. Der Antrag wurde abgelehnt. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1588 **Etablierung eines nutzerfreundlichen Services zur bürokratischen Entlastung junger Eltern**	0236 BildJugFam(f) DiDat*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1756 **Deutsch- und Fachsprachkurse zur Unterstützung für Berlins Azubis**	0261 BildJugFam(f) ArbSoz*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.